

**Zeitschrift:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Staatskanzlei des Kantons Bern  
**Band:** 2 (1818-1821)

**Rubrik:** Eidgenössische Beschlüsse, Verordnungen, Concordate und Verkommnisse der Eidgenossenschaft mit benachbarten Staaten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eidgenössische  
B e s c h l ü s s e,  
Verordnungen, Concordate  
und  
Verkommnisse  
der Eidgenossenschaft  
mit benachbarten Staaten.

---

Da die in Kraft bestehenden Eidgenössischen Beschlüsse, Verordnungen und Concordate über Gegenstände des innern Verkehrs; so wie die in Kraft bestehenden besondern Verkommnisse der Eidgenossenschaft mit benachbarten Staaten bis dahin der Sammlung der Gesetze und Dekrete mit wenigen Ausnahmen nicht einverleibt worden, so werden sie hier als zweytes Heft des zweyten Bandes der neuen Sammlung vollständig zusammengedruckt heraus gegeben, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche im ersten Heft dieses Bandes S. 210 und 213 enthalten sind.

---

**Bundes-Vertrag**  
zwischen  
den XXII Cantonen der Schweiz.

(Vom 7. August 1815.)

---

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

1) Die XXII souverainen Cantone der Schweiz, als Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Fribourg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell A. u. S., St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Vaud, Valais, Neuchâtel und Genève, vereinigen sich durch den gegenwärtigen Bund zur Behauptung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit gegen alle Angriffe fremder Mächte, und zur Handhabung der Ruhe und Ordnung im Innern. Sie gewährleisten sich gegenseitig ihre Verfassungen, so wie dieselben von den obersten Behörden jedes Cantons, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.



Bundes- des Bundes-Vertrags werden angenommen worden seyn.  
Vertrag. Sie gewährleisten sich gegenseitig ihr Gebiet.  
7. August  
1815.

2) Zu Handhabung dieser Gewährleistung und zu Behauptung der Neutralität der Schweiz wird aus der waffenfähigen Mannschaft eines jeden Cantons, nach dem Verhältniß von 2 Mann auf 100 Seelen Bevölkerung, ein Contingent gebildet. Die Truppen werden von den Cantonen geliefert, wie folgt:

Zürich . . . . .	Mann	3858
Bern . . . . .	—	4584
Luzern . . . . .	—	1734
Uri . . . . .	—	236
Schwyz . . . . .	—	602
Unterwalden . . . . .	—	382
Glarus . . . . .	—	482
Zug . . . . .	—	250
Friburg . . . . .	—	1240
Solothurn . . . . .	—	904
Basel . . . . .	—	818
Schaffhausen . . . . .	—	466
Appenzell . . . . .	—	972
St. Gallen . . . . .	—	2630
Graubünden . . . . .	—	2000
Aargau . . . . .	—	2410
Thurgau . . . . .	—	1670
Tessin . . . . .	—	1804
Vaudt . . . . .	—	2964
Valais . . . . .	—	1280
Neuenburg . . . . .	—	1000
Genf . . . . .	—	600

---

Total: Mann 32886

Diese vorläufig angenommene Scala soll von der  
nächst bevorstehenden ordentlichen Tagsatzung durchge-  
sehen und nach obigem Grundsatz berichtigt werden \*).

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

3) Die Geldbeträge, zu Bestreitung der Kriegs-  
kosten und anderer Ausgaben des Bundes, werden von  
den Cantonen nach folgendem Verhältniß entrichtet:

Zürich	Franken	77153
Bern	—	91695
Luzern	—	26016
Uri	—	1184
Schwyz	—	3012
Unterwalden	—	1907
Glarus	—	4823
Zug	—	2491
Friburg	—	18591
Solothurn	—	18097
Basel	—	20450
Schaffhausen	—	9327
Appenzell	—	9728
St. Gallen	—	39451
Graubünden	—	12000
Aargau	—	52212
Thurgau	—	25052
Tessin	—	18059
Vaud	—	59273
Valais	—	9600
Neuchâtel	—	25000
Genève	—	15000

Total: Franken 540107

\*) S. unten S. 330. die berichtigte Scala.

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

Diese Vertheilung der Geldbeträge soll ebenfalls durch die nächst bevorstehende ordentliche Tagsatzung durchgesehen, und mit Rücksicht auf die Beschwerden einiger Cantone berichtigt werden \*). Eine ähnliche Revision soll späterhin, wie für die Mannschafts-Contingenter, von 20 zu 20 Jahren statt haben.

Zu Bestreitung der Kriegskosten soll überdies eine gemeineidgenössische Kriegs-Cassa errichtet werden, deren Gehalt bis auf den Betrag eines doppelten Geld-Contingents anwachsen soll.

Diese Kriegs-Cassa soll ausschließlich nur zu Militär-Kosten bei eidgenössischen Auszügen angewendet, und in sich ergebenden Fällen die eine Hälfte der Ausgaben durch Einziehung eines Geld-Contingents nach der Scala bestritten, und die andere Hälfte aus der Kriegs-Cassa bezahlt werden.

Zu Bildung dieser Kriegs-Cassa soll eine Eingangsgebühr auf Waaren gelegt werden, die nicht zu den nothwendigsten Bedürfnissen gehören.

Diese Gebühren werden die Gränz-Cantone beziehen, und der Tagsatzung alljährlich darüber Rechnung ablegen.

Der Tagsatzung wird überlassen, sowohl den Tarif dieser Eingangsgebühr festzusetzen, als auch die Art der Rechnungs-Führung darüber, und die Maßnahmen zur Verwahrung der bezogenen Gelder, zu bestimmen.

4) Im Fall äußerer oder innerer Gefahr hat jeder

---

\*) S. unten S. 330 die berichtigte Scala.

Canton das Recht, die Mitstände zu getreuem Aufsehen aufzufordern. Wenn in einem Canton Unruhen ausbrechen, so mag die Regierung andere Cantone zu Hülfe mahnen, doch soll sogleich das Vorort davon benachrichtiget werden; bey fortdauernder Gefahr wird die Tagsatzung, auf Ansuchen der Regierung, die weiteren Maßregeln treffen.

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

Im Fall einer plötzlichen Gefahr von außen, mag zwar der bedrohte Canton andere Cantone zu Hülfe mahnen, doch soll sogleich das Vorort davon in Kenntniß gesetzt werden; diesem liegt ob, die Tagsatzung zu versammeln, welcher alle Verfügungen zur Sicherheit der Eidgenossenschaft zustehen.

Der oder die gemahnten Cantone haben die Pflicht, dem Mahnenden Hülfe zu leisten.

Im Fall äußerer Gefahr, werden die Kosten von der Eidgenossenschaft getragen; bey innern Unruhen liegen dieselben auf dem mahnenden Canton, es wäre denn Sache, daß die Tagsatzung, wegen besondern Umständen, eine andere Bestimmung treffen würde.

5) Alle Ansprüche und Streitigkeiten zwischen den Cantonen über Gegenstände, die nicht durch den Bundes-Vertrag gewährleistet sind, werden an das Eidgenössische Recht gewiesen. Der Gang und die Form dieser Rechtsbehandlung sind folgendermaßen festgesetzt:

Jeder der zwey streitenden Cantone wählt aus den Magistrats-Personen anderer Cantone zwey, oder, wenn die Cantone darüber einig fallen, einen Schiedsrichter.

undes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

Wenn die Streitsache zwischen mehr als zwei Cantonen obwaltet, so wird die bestimmte Zahl von jeder Parthei gewählt.

Diese Schiedsrichter vereint, trachten den Streit in der Minne und auf dem Pfad der Vermittlung beizulegen.

Kann dieses nicht erreicht werden, so wählen die Schiedsrichter einen Obmann aus den Magistrats-Personen eines in der Sache unpartheischen Cantons, und aus welchem nicht bereits einer der Schiedsrichter gezogen ist.

Sollten die Schiedsrichter sich über die Wahl des Obmanns nicht vereinigen können, und einer der Cantone darüber Beschwerde führen, so wird der Obmann von der Tagsatzung gesetzt, woben aber die im Streit stehenden Cantone kein Stimmrecht haben; der Obmann und die Schiedsrichter versuchen nochmals den Streit durch Vermittlung auszugleichen, oder entscheiden, im Fall allseitiger Uebergabe, durch Compromiß-Spruch; geschiehet aber keines von beiden, so sprechen sie über die Streitsache, nach den Rechten, endlich ab.

Der Spruch kann nicht weiter gezogen werden, und wird erforderlichen Falls durch Verfügung der Tagsatzung in Vollziehung gesetzt.

Zu gleicher Zeit mit der Hauptsache, soll auch über die Kosten, bestehend in den Auslagen der Schiedsrichter und des Obmanns, entschieden werden.

Die nach obigen Bestimmungen gewählten Schiedsrichter und Obmänner werden von ihren Regierungen des



Eides für ihren Canton, in der obwaltenden Streitsache, entlassen.

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

Bei allen vorfallenden Streitigkeiten sollen die betreffenden Cantone sich jeder gewaltsamen Maßregel, oder sogar Bewaffnung enthalten, den in diesem Artikel festgesetzten Rechtspfad genau befolgen, und dem Spruch in allen Theilen Statt thun.

6) Es sollen unter den einzelnen Cantonen keine, dem allgemeinen Bund oder den Rechten anderer Cantone nachtheilige, Verbindungen geschlossen werden.

7) Die Eidgenossenschaft huldigt dem Grundsatz, daß so wie es, nach Anerkennung der XXII Cantone, keine Untertanen-Lande mehr in der Schweiz giebt, so könne auch der Genuß der politischen Rechte nie das ausschließliche Privilegium einer Classe der Cantons-Bürger seyn.

8) Die Tagsatzung besorgt, nach den Vorschriften des Bundes-Vertrags, die ihr von den souverainen Ständen übertragenen Angelegenheiten des Bundes. Sie besteht aus den Gesandten der XXII Cantone, welche nach ihren Instruktionen stimmen. Jeder Canton hat eine Stimme, welche von einem Gesandten eröffnet wird. Sie versammelt sich in der Hauptstadt des jeweiligen Vororts, ordentlicher Weise alle Jahre am ersten Montag im Heumonath, außerordentlicher Weise, wenn das Vorort dieselbe ausschreibt, oder auf das Begehren von fünf Cantonen.

Der im Amt stehende Bürgermeister oder Schultheiß des Vororts führt den Vorsitz.

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

Die Tagsatzung erklärt Krieg und schließt Frieden; sie allein errichtet Bündnisse mit auswärtigen Staaten; doch sind für diese wichtigen Verhandlungen drey Viertheile der Cantons-Stimmen erforderlich. In allen übrigen Verfügungen, die durch den gegenwärtigen Bund der Tagsatzung übertragen sind, entscheidet die absolute Mehrheit.

Handelsverträge mit auswärtigen Staaten werden von der Tagsatzung geschlossen.

Militair - Capitulationen und Verträge über ökonomische und Polizen - Gegenstände mögen von einzelnen Cantonen mit auswärtigen Staaten geschlossen werden. Sie sollen aber weder dem Bundesverein, noch bestehenden Bündnissen, noch verfassungsmäßigen Rechten anderer Cantone zuwider seyn, und zu diesem Ende zur Kenntniß der Tagsatzung gebracht werden.

Eidgenössische Gesandten, wenn deren Abordnung nothwendig erachtet wird, werden von der Tagsatzung ernannt und abberufen.

Die Tagsatzung trifft alle erforderlichen Maßregeln für die äußere und innere Sicherheit der Eidgenossenschaft. Sie bestimmt die Organisation der Contingents-Truppen, verfügt über derselben Aufstellung und Gebrauch, ernennt den General, den Generalstab und die Eidgenössischen Obersten. Sie ordnet, im Einverständniß mit den Cantons - Regierungen, die Aufsicht über die Bildung und Ausrüstung des Militair - Contingents an.

9) Bey außerordentlichen Umständen, und wenn sie nicht fortdauernd versammelt bleiben kann, hat die

Tagsatzung die Befugniß, dem Vorort besondere Voll- Bundes-  
machten zu ertheilen. Sie kann auch derjenigen Be- Vertrag.  
hörde des Vororts, welche mit der Eidgenössischen Ge- 7. August  
schäftsführung beauftragt ist, zu Besorgung wichtiger 1815.  
Bundes-Angelegenheiten, Eidgenössische Repräsentanten  
benordnen; in beiden Fällen sind zwei Dritttheile der  
Stimmen erforderlich.

Die Eidgenössischen Repräsentanten werden von  
den Cantonen gewählt, welche hiefür unter sich in fol-  
genden sechs Classen wechseln.

Den ersten Eidgenössischen Repräsentant geben ab-  
wechselnd die zwei Direktorial-Orte, die nicht im  
Amt stehen.

Den zweiten Uri, Schwyz, Unterwalden.

Den dritten Glarus, Zug, Appenzell,  
Schaffhausen.

Den vierten Friburg, Basel, Solothurn,  
Wallis.

Den fünften Graubünden, St. Gallen,  
Aargau, Neuenburg.

Den sechsten Waadt, Thurgau, Tessin,  
Genf.

Die Tagsatzung ertheilt den Eidgenössischen Reprä-  
sentanten die erforderlichen Instruktionen, und bestimmt  
die Dauer ihrer Verrichtungen. In jedem Fall hören  
letztere mit dem Wiederzusammentritt der Tagsatzung auf.  
Die Eidgenössischen Repräsentanten werden aus der Bun-  
des-Cassa entschädigt.



Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

10) Die Leitung der Bundes - Angelegenheiten , wenn die Tagsatzung nicht versammelt ist , wird einem Vorort mit den bis zum Jahr 1798 ausgeübten Befugnissen , übertragen.

Das Vorort wechselt unter den Cantonen Zürich , Bern und Luzern , je zu zwey Jahren um , welche Reihen-  
ordnung mit dem ersten Januar 1815 ihren Anfang ge-  
nommen hat.

Dem Vorort ist eine Eidgenössische Kanzley beige-  
ordnet ; dieselbe besteht aus einem Kanzler und einem  
Staatschreiber , die von der Tagsatzung gewählt werden.

11) Für Lebensmittel , Landeserzeugnisse und Kauf-  
mannswaaren ist der freye Kauf , und für diese Gegen-  
stände , so wie auch für das Vieh , die ungehinderte Aus-  
und Durchfuhr von einem Canton zum andern gesichert ,  
mit Vorbehalt der erforderlichen Polizey - Verfügungen  
gegen Wucher und schädlichen Verkauf.

Diese Polizey - Verfügungen sollen für die eigenen  
Cantonsbürger und die Einwohner anderer Cantone gleich  
bestimmt werden.

Die dormalen bestehenden , von der Tagsatzung ge-  
nehmigten Zölle , Weg - und Brückengelder verbleiben in  
ihrem Bestand. Es können aber ohne Genehmigung der  
Tagsatzung weder neue errichtet , noch die bestehenden  
erhöht , noch ihr Bezug , wenn er auf bestimmte Jahre  
beschränkt war , verlängert werden.

Die Abzugsrechte von Canton zu Canton sind ab-  
geschafft.

12) Der Fortbestand der Klöster und Capitel, und die Sicherheit ihres Eigenthums, so weit es von den Cantons-Regierungen abhängt, sind gewährleistet; ihr Vermögen ist, gleich anderm Privatgut, den Steuern und Abgaben unterworfen.

Bundes-  
Vertrag.  
7. August  
1815.

13) Die helvetische Nationalschuld, deren Betrag den 1ten November 1804 auf drey Millionen, einmal hundert achtzehntausend, drehhundert sechs und dreyßig Franken festgesetzt worden, bleibt anerkannt.

14) Alle Eidgenössische Concordate und Verkommnisse seit dem Jahr 1803, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Bundes nicht entgegen sind, verbleiben in ihrem bisherigen Bestand; die Sammlung der in dem gleichen Zeitraum erlassenen Tagsatzungs-Beschlüsse, soll der Tagsatzung des Jahres 1816 zur Revision vorgelegt werden, und diese wird entscheiden, welche von denselben ferner verbindlich seyn sollen.

15) Sowohl gegenwärtiger Bundes-Vertrag, als auch die Cantonal-Verfassungen sollen in das Eidgenössische Archiv niedergelegt werden.

Bundes-  
Vertrag.  
1816 und  
1817.

## Scala der Mannschafts- und Geld- beiträge.

	Mannschafts- Contingent.	Geld- beitrag.
	Mann.	Franken.
Zürich . . . . .	3700	74000
Bern . . . . .	5824	104080
Luzern . . . . .	1734	26010
Uri . . . . .	236	1180
Schwyz . . . . .	602	3010
Unterwalden ob dem Wald	221	1105
Unterwalden nid dem Wald	161	805
Glarus . . . . .	482	3615
Zug . . . . .	250	1250
Friburg . . . . .	1240	18600
Solothurn . . . . .	904	13560
Basel . . . . .	918	22950
Schaffhausen . . . . .	466	9320
Appenzell außer Rhoden .	772	7720
Appenzell inner Rhoden .	200	1500
St. Gallen . . . . .	2630	39450
Graubünden . . . . .	1600	12000
Aargau . . . . .	2410	48200
Thurgau . . . . .	1520	22800
Tessin . . . . .	1804	18040
Vaudt . . . . .	2964	59280
Wallis . . . . .	1280	9600
Neuenburg . . . . .	960	19200
Genf . . . . .	880	22000
Total	33758	539275

**B e s c h l ü s s e ,**  
**Verordnungen und Concordate**  
 über  
**Gegenstände des innern Verkehrs ,**  
 der  
**Justiz und der Polizen.**

I.

**B e s c h l ü s s e**  
 über den freyen Verkehr mit Lebensmitteln.

A.

(Vom 15. July 1818.)

Zu getreuer und genauer Handhabung der deutlichen Eidgenöſſ.  
 Vorschrift des XI. Artikels des Bundes-Vertrags, wel. Beschlüsse.  
 cher für Lebensmittel und Landeserzeugnisse den freyen 15. July  
 Kauf, so wie die ungehinderte Aus- und Durchfuhr von 1818.

**Eidgenöſſ.** einem Canton zum andern ſichert; und damit durch An-  
**Beschlüsse.** wendung des Nachſatzes nicht die Hauptbeſtimmung die-  
 15. July ſes Artikels entkräftet werde,  
 1818.

beſchließt die Tagſatzung:

1) Es ſollen bey Anwendung des Nachſatzes des  
 §. XI. der Bundes-Verfaſſung, welcher den Cantonen  
 gegen Ueber und ſchädlichen Vorkauf, Polizen-Ver-  
 fügungen vorbehält, in ſo ferne dieſelben gegen die eige-  
 nen Cantons-Bürger und die Einwohner anderer Cantone  
 gleich beſtimmt werden, — niemals ſolche Verordnungen  
 ſtatt finden, welche den Hauptbeſtimmungen obigen Ar-  
 tikels zuwider, in Sperranſtalten von Canton gegen Can-  
 ton ausarten würden.

2) In Folge deſſen ſind auch alle dieſem Bundes-  
 gemäßen Grundſatz zuwider laufende Verfügungen, die in  
 einen oder andern Canton beſtehen möchten, als unzu-  
 läſſig erklärt, und ſollen aufgehoben werden.

3) Sollten künftig von einem Canton ſolche Ver-  
 fügungen getroffen werden, ſo iſt der Vorort beauftragt,  
 auf die ihm dagegen von einem Stand zukommende be-  
 gründete Beſchwerde, ſeine Einwirkung gegen jenen ein-  
 treten zu laſſen, und ihn zu getreuer Erfüllung der Bun-  
 des-Pflichten anzuweiſen.

## B.

Vom 13. July 1819.

Eidgenöss.  
Beschlüsse.  
13. July  
1819.

1) Die Ausfuhr von Getreide und Lebensmitteln nach einem auswärtigen Staat, kann nur dann beschränkt oder für einen bestimmten Zeitraum verboten werden, wenn entweder der Staat, gegen den die Maßregel ergriffen wird, die Ausfuhr von Getreide und Lebensmitteln nach der Schweiz verboten hat, oder im Fall außerordentlicher Umstände.

2) In dem einen oder andern dieser Fälle, werden die ersten Verfügungen von den Cantons - Regierungen getroffen. Die Regierung ist aber verpflichtet, von den getroffenen Maßnahmen und deren Veranlassung den Eidgenössischen Vorort sogleich und umständlich in Kenntniß zu setzen.

3) Falls der Eidgenössische Vorort der getroffenen Verfügung seine Zustimmung versagt, oder wenn andere Eidgenössische Stände sich in Folge der nämlichen Verfügung verletzt glauben, die betreffende Cantons - Regierung aber auf der Maßnahme bestehen sollte, so wird sogleich die Eidgenössische Berathung eingeleitet und über die Fortdauer oder Aufhebung der Verfügung entschieden.

4) Der Eidgenössische Vorort ist ersucht, bei jedem günstigen Anlaß dahin zu wirken, daß von den benachbarten Staaten, der Schweiz die freye Aus- und Durchfuhr von Getreide und Lebensmitteln gestattet, und auch für künftige zugesichert werde.

5) Von keinem Canton soll die Durchfuhr von Getreide und Lebensmitteln, die vom Ausland kommen und



eidgenöss. für einen andern Canton bestimmt sind, weder gehemmt, Beschlüsse, noch erschwert werden.

13. July

1819.

6) Da für den freyen Verkehr mit Getreide und Lebensmitteln im Innern der Schweiz, der Bundes-Vertrag selbst, eine feyerliche Gewährleistung enthält, und alles was in den Verhältnissen mit auswärtigen Staaten diese nämliche Freyheit des Verkehrs betrifft, als eine wichtige Angelegenheit des gesammten Bundes betrachtet werden muß; so sind auch die darüber gefaßten Concluse als verbindliche Tagsatzungs-Beschlüsse anzusehen.

## II.

### B e s c h l u ß

wegen freyer Ausfuhr des Stoffes zur  
Papier-Fabrikation.

(Vom 5. July 1810; bestätigt den 13. July 1818.)

5. July

1810.

13. July

1818.

1) Da durch den Bundes-Vertrag für den freyen Umlauf der Handelswaaren die Gewährleistung gegeben wird; so soll auch der Ankauf und der Verkehr mit den zur Papier-Fabrikation nöthigen Stoffen, im Innern der Schweiz, von einem Canton gegen den andern, nicht verboten oder erschwert werden.

2) Dabey will jedoch die Tagsatzung keinen Löbl. Eidgenöss. Stand in der Ausübung der erforderlichen Aufsicht und Beschlüsse. in denjenigen Maßregeln behindern, denen Leute, die sich mit Sammeln und Verkaufen der Hader abgeben, von Polizern wegen, zu Meidung des Hausfriedens und anderer Mißbräuche, unterworfen werden mögen.

5. July

1810.

13. July

1818.

### III.

## Concordate,

betreffend die gerichtlichen Betreibungen  
und Concurse.

### A.

Forum des zu belangenden Schuldners.

(Vom 15. Juny 1804; bestätigt den 8. July 1818.)

Alle Cantone sind concordatweise über den Grundsatz übereingekommen: Daß der sesshafte, aufrecht stehende Schuldner, den alten Rechten gemäß, vor seinem natürlichen Richter gesucht werden müsse, und in Fällen von Schuldbetreibungen von einem Eidgenossen gegen den andern darnach zu verfahren sey.

15. Juny

1804.

8. July

1818.



Eidgenöss.  
Beschlüsse.

15. Juny

1804.

8. July

1818.

## B.

### Gerichtliche Betreibungen.

1) Es liegt in den Befugnissen jedes Cantons, seine eigene Rechtspflege in Schuldbetreibungssachen gesetzlich zu bestimmen; doch so, daß alle Schweizer ungehemmter und gleicher Rechte genießen, wie die Cantons-Bürger selbst.

2) Die Standes-Regierungen sind eingeladen, diese Triebrechte möglichst zu beschleunigen, und unkostspielig einzurichten.

3) Sie werden endlich gegen betriegerische Falliten, entweder schon bestehende Gesetze handhaben, oder sind ersucht, wo keine solche vorhanden sind, das Erforderliche darüber festzusetzen.

Note. Diesem Concordat sind XXI. Cantone beigetreten; mit Vorbehalt der Convenienz gegen den Canton Schwyz, welcher die Reciprocität in dem Sinn beobachtet, daß er andere Eidgenossen, in Betreibungssachen, wie seine Angehörigen behandeln wolle, wenn hinwieder diesen letztern in den betreffenden Cantonen gleiches Recht, wie den eigenen Angehörigen, gehalten werde.

## C.

### Concurs-Recht in Falliments-Fällen.

1) In Falliments-Fällen werden alle Schweizer, sowohl in verpfändeten als laufenden Schulden, in der

privilegirten und der allgemeinen Classe, nach gleichen Rechten behandelt und collocirt, wie die Bewohner des Cantons selbst, in welchem der Geldstag vorgeht.

eidgenöss.  
Beschlüsse.

15. Juny  
1804.

8. July  
1818.

2) Diese Gleichheit in Collocationen und Concursen, welche der eine Canton den Einwohnern des andern zusichert, ist nach den besondern Gesetzen desjenigen Cantons, wo das Falliment ausbricht, zu verstehen.

3) Zwischen denjenigen Cantonen, welche dieser Verkommniß beitreten, dürfen, nach ausgebrochenem Falliment, keine Arreste auf bewegliches Eigenthum des Falliten anders, als zu Gunsten der ganzen Schulden-Massa gelegt werden.

4) Diese Bestimmungen sind einzig zwischen den be-tretenden Cantonen gültig, und gegen die dem gegenwärtigen Verkommniß nicht be-tretenden, wird in allen Fällen die Reciprocität vorbehalten.

Note. Diesem Concordat sind begetreten: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden, Zug, Frenburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell Auser-Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf.

Schwyz hat festgesetzt, daß die Angehörigen anderer Cantone in jedem Fall nach den gleichen Rechten, wie die eigenen Landleute behandelt werden, in sofern auch diese in den betreffenden Cantonen gleich den Cantons-Angehörigen betrachtet sind.

Glarus. Nach den dortigen Gesetzen soll das Welbergut in die Cant-Massa fallen und der Rückfall statt haben. Der Canton ist indessen bereit, auf den Grundsatz der Reciprocität hin, Concurs-Verkommnisse abzuschließen.

**Sidgenöf.** Appenzell Inner-Rhoden. Da, in Folge der Landesbeschlüsse, des Gesehe, alles was während einem Monat, bevor das Falliment ausbricht, von dem Falliten bezahlt oder verpfändet wird, in die allgemeine Masse zurückfällt; so beobachtet Inner-Rhoden nur gegen solche Cantone, die ihm die Ausübung dieses Rechts sichern, die Grundsätze des Concordats, und behält sich gegen die andern Reciprocität und Convenienz vor.

## D.

**Effekten eines Falliten, die als Pfand in Creditors Händen in einem andern Canton liegen.**

(Vom 7. Juny 1810; bestätigt den 8. July 1818.)

7. Juny 1810.  
8. July 1818.

1) Es sollen in Falliments-Fällen alle einem Falliten zugehörigen Effekten in die Haupt-Masse fallen, solche mögen liegen wo sie wollen, unbeschadet jedoch der darauf haftenden Rechte und Ansprüche des Inhabers.

2) So oft indessen der Fall eintritt, daß bey solchen Effekten, die in einem andern Canton als in jenem, dem der Fallit angehört, liegen, entweder das Eigenthum derselben, oder die Hypothek oder das Pfandrecht darauf, von der Falliments-Masse in Streit gezogen wird; so ist selbige gehalten, ihre behauptenden Rechte vor dem competenten Richter desjenigen Cantons geltend zu machen, in welchem die Effekten sich befinden.

**Note.** Diesem Concordat haben zugestimmt, die Cantone: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden,

Zug, Frenburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Eidgenöf.  
Appenzell Auser-Rhoden, St. Gallen, Graubünd= Beschlüsse.  
ten, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, 15. Juny  
Neuenburg und Genf. 1804.

Die Verhältnisse der Cantone Schwyz, Glarus und  
Appenzell Inner-Rhoden, und hinwieder die rechtliche  
Stellung der concordirenden Cantone gegen dieselben, sind ganz  
die nämlichen wie bey dem gerade vorhergehenden Concordat.

8. July  
1818.

## B e s c h l u ß

wegen Ertheilung und Beurkundung des  
Schweizerischen Bürgerrechts.

(Vom 13. July 1819.)

1) Es steht den Cantonen zu, das Bürgerrecht zu er- 13. July  
theilen. 1819.

2) Um als Schweizer-Bürger anerkannt zu wer-  
den, muß man Bürger oder Angehöriger eines Cantons  
seyn. Der Beweis dafür wird geleistet: entweder durch  
die Bescheinigung des Cantons- und Gemeinds-Bürger-  
rechts, oder aber durch die Erklärung der Regierung,  
daß sie das betreffende Individuum als Einwohner und  
Angehörigen ihres Cantons anerkenne.

---

## Concordat

wegen dem Heimathrecht der in einen andern  
Canton einheirathenden Schweizerin.

(Vom 8. July 1808; bestätigt den 9. July 1818.)

---

**Eidgenöſſ. Beschlüſſe.** Eine nach den Landes - Geſetzen geſchloſſene und ein-  
geſegnete Ehe macht die Frau zur Angehörigen deſſjeni-  
gen Cantons, in welchem der Mann das Heimathrecht  
beſitzt.  
8. July 1808.  
9. July 1818.

**Note.** Dieſem Concordat ſind alle XXII Cantone  
begetreten. Unterwalden ohne Nachtheil für innere ge-  
genſeitige Verhältniſſe zwiſchen beyden Cantons - Theilen; und  
Appenzell Inner - Rhoden mit Vorbehalt der Taren in  
das Armengut.

---

## C o n c o r d a t,

### betreffend die Ehen zwischen Catholiken und Reformirten.

(Vom 11. Juny 1812; bestätigt den 7. July 1819.)

1) Die Ehen zwischen schweizerischen Angehörigen Ca-  
tholischer und Reformirter Kirche, sollen von den Can-  
tonen weder verboten, noch mit dem Verlust des Bür-  
ger- und Heimathrechts bestraft werden.

Eidgenöss.  
Beschlüsse.  
11. Juny  
1812.  
7. July  
1819.

2) Die concordirenden Stände erneuern die früher  
gegen alle Folgen solcher Verbote oder Heimathlosig-  
keits-Erklärungen eingegebene Verwahrung auf das kräf-  
tigste; und erklären, daß sie diejenigen Individuen,  
welche um solcher vermischter Ehen willen, ihr Heimath-  
recht verloren hätten, niemals aufnehmen, sondern beharr-  
lich an die betreffenden Cantone zurückweisen werden.

Note. Diesem Concordat sind beigetreten: Luzern,  
Zürich, Bern, Glarus, Zug, Friburg, Solothurn,  
Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden,  
Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Neuenburg und  
Genf.

Uri, Schwyz und Unterwalden behalten den Gegen-  
stand der Cantonal-Gesetzgebung vor.

Appenzell, in zwey Souverainitäten nach der Religion  
getheilt, hat diese Ehen gänzlich untersagt.

Wallis tritt in keine Verpflichtung ein, ungeachtet die  
vermischten Ehen durch die dortigen Gesetze weder eigentlich  
verboten, noch mit dem Verlust des Landrechts bestraft werden.



## C o n c o r d a t,

betreffend das Niederlassungs-Verhältniß unter  
den Eidgenossen.

(Vom 10. July 1819.)

S. hievor erstes Heft, S. 214.

**Eidgenöſſ. Beschlüſſe.** 10. July 1819. Note. Zug trittet den §§. 1. bis 3. und 5. bis 7. des Concordats unbedingt bey. Da aber die Cantonal-Verfassung den Gemeinden die Befugniß ertheilt, selbst von dem in eine andere Gemeinde einziehenden Cantons-Bürger eine Real-Cautio von höchstens 500 Schweizerfranken zu fordern; so behält Zug in Hinsicht auf den S. 4. des Concordats, die Anwendung dieser Cautions-Befugniß auch auf Schweizer aus andern Cantonen vor, in sofern die Gemeinden solche ausüben wollen.

Graubünden hat sich wesentlich im Sinn des Concordats erklärt, dabey aber das endliche Standes-Votum vorbehalten. Da nächstdem noch einige andere Cantone ihre endlichen Aeußerungen vorbehalten haben; so hat man für dienlich erachtet, dem Verzeichniß der nicht beytretenden, gegen welche der Vorbehalt von Gegenrecht und Convenienz in Wirksamkeit treten soll, so wie der Aufnahme ihrer verschiedenen Erklärungen in gegenwärtige Sammlung, einſtweilen noch einigen Verzug zu geben, und nochmalige Inſtruktions-Eröffnungen abzuwarten.

In Folge eines besondern Beschlusses der Tagsatzung vom 10. July 1819, findet die Erklärung: (Art. 2.) „Daß der Träger des Heimath-Schein seit 10 Jahren ein Schweizer-Bürger sey,“ für die Angehörigen der drey im Jahr 1815 in den Bund aufgenommenen Cantone, erst vom 10. July 1825 an, ihre Anwendung.

# Formularien der Heimath = Scheine \*).

(Vergl. oben Thl. 1. S. 259.)

Eidgenöss.  
Beschlüsse.  
10. July  
1819.

## A.

(Für verheirathete Mannspersonen.)

Wir die endsunterschiedenen Vorgesetzten  
der Gemeinde Oheramts (Bezirks)  
Cantons

urkunden hiemit:

Daß Vorweiser dieses

seines Alters Jahre

Unser wahrer Gemeinds-Bürger sey, und Wir ihn als  
solchen zu allen Zeiten anerkennen werden, daß auch  
seine Ehefrau, Namens

auf gleiche Weise des Bürgerrechts Genossin sey. In  
Kraft dessen Wir die feyerliche Versicherung geben, daß  
besagter unser Mitbürger, seine Ehefrau und alle seine  
Kinder, jederzeit und unter allen Umständen, in Unserer  
Gemeinde wieder Aufnahme finden sollen. Urfundlich  
dessen ist dieser Heimath = Schein, nach hierorts gewohn-  
ter Uebung und Form unterschrieben, besiegelt und aus-  
gefertigt worden.

Gegeben zu

---

\*) Jeder Heimath = Schein soll auf dem Rücken gehörig rubri-  
zirt seyn: „Heimath = Schein von der Gemeinde . . . .  
Oheramts . . . . Cantons . . . . zu Gunsten . . . . de  
Dato . . . .“



### Beschlüsse. —

Nebst angelegentlicher Empfehlung zu guter Aufnahme und Angedeihung respectiven obrigkeitlichen Schutzes; beurfundet die Richtigkeit obiger Unterschriften, wie auch, daß obgenannter Unser Cantons-Bürger und seit zehn Jahren ein Schweizer-Bürger sey; in den

**B.**

Wir die endsunterschiedenen Vorgesetzten  
der Gemeinde Oberamts (Bezirks)  
Cantons

Daß Vorweiser dieses

ledigen Standes, seines Alters                      Jahre  
Unser wahrer Gemeinds-Bürger sey, und Wir ihn als  
solchen zu allen Zeiten anerkennen werden, mit der  
feyerlichen Versicherung, daß besagter Unser Mitbürger,  
jederzeit und unter allen Umständen, in Unserer Ge-  
meinde wieder Aufnahme finden solle; mit der weitem  
Erklärung jedoch, daß gegenwärtiger Schein nur zu Be-  
förderung seines auswärtigen Aufenthalts und mit nich-  
ten zu dessen allfälliger Verheirathung ihm zugestellt  
worden, indem zu seiner Copulation ein besonderer Sei-

math - Schein erforderlich ist. Urkundlich dessen ist die Eidgenöss.  
 fer Heimath - Schein', nach hierorts gewohnter Uebung und Beschlüsse.  
 Form, unterschrieben, besiegelt und ausgefertigt worden. 10. July  
 1819.

Gegeben zu

No.

Nebst angelegentlicher Empfehlung zu guter Aufnahme und Angedeihung respectiven obrigkeitlichen Schutzes, beurfundet die Aechtheit obiger Unterschriften, wie auch, daß obgenannter  
 Unser Cantons - Bürger und seit zehn Jahren ein  
 Schweizer - Bürger sey; in  
 den

Die Canzlen des Cantons.

C.

(Für einzelne Weibspersonen.)

Wir die endsunterschiedenen Vorgesetzten  
 der Gemeinde Oberamts (Bezirks)  
 Cantons

urkunden hiemit:

Daß Vorweiserin dieses

ihres Alters

Jahre

Unsere wahre Gemeinds - Bürgerin sey, und Wir sie als  
 solche zu allen Zeiten anerkennen werden, mit der feyer-  
 lichen Versicherung, daß besagte Unsere Mitbürgerin,  
 jederzeit und unter allen Umständen, in Unserer Ge-  
 meinde wieder Aufnahme finden solle; mit der weitem

Eidgenöſſ. Erklärung jedoch, daß gegenwärtiger Schein nur zur  
 Beschlüſſe. Beförderung ihres auswärtigen Aufenthalts und mit  
 10. July  
 1819. nichten zu ihrer Verheirathung ihr zugestellt worden, in-  
 dem zu ihrer allfälligen Copulation mit einem Cantons-  
 Fremden, eine besondere Bewilligung hiesiger Hohen  
 Regierung erforderlich ist. Urkundlich dessen ist dieser  
 Heimath-Schein, nach hierorts gewohnter Uebung und  
 Form, unterschrieben, besiegelt und ausgefertigt worden.  
 Gegeben zu

No.

---

Nebst angelegentlicher Empfehlung zu guter Auf-  
 nahme und Angedeihung respectiven obrigkeitlichen  
 Schutzes, beurfundet die Richtigkeit obiger Unter-  
 schriften, wie auch daß obgenannte  
 Unsere Cantons-Bürgerin und seit zehn Jahren eine  
 Schweizer-Bürgerin sey; in  
 den

Die Canzley des Cantons.

---

## B e s c h l u ß ,

betreffend die Aufrechthaltung früherer Niederlassungen von Eidgenossen.

(Vom 10. July 1819.)

Die Niederlassungen von Schweizern, welche seit 1803, Eidgenöf.  
in Kraft der damaligen Bundes-Verfassung und der Beschlüsse.  
Beschlüsse der Tagsatzung vom 6. July 1805 und 11. 10. July  
Junn 1807 statt gehabt haben, namentlich auch diejeni- 1819.  
gen, welche mit dem Ankauf von Liegenschaften verbun-  
den waren, sollen in allen Theilen geschützt und die da-  
durch erworbenen Rechte durch keinerlei rückwirkende  
Verfügungen geschmälert oder beeinträchtigt werden.

Note. Obiger Beschluß hat auf die drei, erst im Jahr 1815 in den Eidgenössischen Bund aufgenommenen Cantone Wallis, Neuenburg und Genf, keine Beziehung.

Unter dem nämlichen Datum (10. July 1819) ist er dahin erläutert worden, daß der Regierung des Cantons, in welchem der Niedergelassene wohnt, das Recht unbenommen bleibe, denselben in seine Heimath zurück zu weisen, wenn er sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, so wie auch, wenn er durch Verarmung der Gemeinde oder dem Canton zur Last falle.

## C o n c o r d a t,

betreffend die Ausschreibung, Verfolgung, Festsetzung und Auslieferung von Verbrechern oder Beschuldigten; die dießfälligen Kosten; die Verhöre und Evocation von Zeugen in Criminal-Fällen; und die Restitution gestohlener Effecten.

(Vom 8. Juny 1809; bestätigt den 8. July 1818.)

Eidgenöſſ. **W**ir die Abgesandten der Cantone der  
Beschlüsse. Schweizerischen Eidgenossenschaft auf der  
8. Juny 1809. ordentlichen Tagſagung verſammelt, thun  
8. July 1818. kund hiemit:

Daß Wir zu Befestigung Unserer Bundes- und freundnachbarlichen Verhältnisse, insbesondere dann zu Beförderung der Ordnung und gemeinen Sicherheit, die nachstehende gegenseitige Uebereinkunft, in Rücksicht der Ausschreibung, Verfolgung, Festsetzung und Auslieferung von Verbrechern oder Beschuldigten, und der dießörtigen Kosten, so wie auch in Betreff der Verhöre und Evocation von Zeugen in Criminal-Fällen, endlich dann der Restitution gestohlener Effecten, abgeschlossen haben:

1) Wenn Personen, die wegen eines Criminal-Vergehens entweder bereits bestraft, oder aber eines solchen  
solchen

solchen beschuldigt sind, aus dem Canton, wo sie ihre Eidgenöss. Strafe auszustehen haben, oder wo die Untersuchung des Beschlüsse. angeschuldigten Verbrechens vorgenommen werden soll, 8. Juny 1809. entweichen; so sollen solche (laut bestehender Vorschrift) 8. July 1818. ordentlicher Weise durch förmliche Steckbriefe oder Signalements verfolgt werden.

2) Die Signalements solcher Flüchtlinge sowohl, als diejenigen der Verwiesenen, sollen einzeln oder bogenweise und in hinreichender Anzahl von Exemplaren, den sämtlichen Cantonen, zu Händen ihrer Polizen-Angestellten, mitgetheilt werden. Sie sollen, gemäß dem bereits am 12. Juny 1807 von der Tagsatzung genehmigten Formular, die folgenden Rubriken enthalten:

- a. Den Namen, Vornamen, und den allfälligen Zuname oder Fauner-Namen.
- b. Den Geburts- und den letzten Aufenthalts-Ort, sammt Anzeige, unter welcher Vormündigkeit er liege.
- c. Das Alter.
- d. Die Höhe, mit bestimmter Anzeige, nach welchem Maaß dieselbe berechnet sey. (Es wird hiefür zu allgemeiner Uebereinstimmung der Pariser-Fuß von 12 Zoll empfohlen.)
- e. Die Farbe der Haare, der Augenbraunen und der Augen.
- f. Die Gestalt der Stirne.
- g. Die genaue Beschreibung der übrigen Gesichtstheile, besonders aber der Zähne.
- h. Die Figur des Körpers, mit vorzüglich genauer



**Vidgenöf.  
Beschlüsse.**

8. Juny  
1809.

8. Julij  
1818.

Bezeichnung der etwa vorfindlichen besondern Merkmale.

i. Die Kleidung.

k. Das Verbrechen des Signalisirten, oder der auf ihm ruhende Verdacht.

l. Die Behörde, an welche er im Betretungsfall einzuliefern ist.

m. Den Ort und das Datum der Ausschreibung, und die Angabe der Behörde, von welcher dieselbe verfügt wird.

3) Auf solche, durch Steckbriefe Verfolgte oder Ausgeschriebene, lassen die Regierungen sämtlicher Cantone achten, und auf den Fall der Entdeckung dieselben verhaften.

4) Von dem erfolgten Verhaft soll sogleich derjenigen Regierung, welche die Ausschreibung oder den Steckbrief erlassen hat, Bekanntschaft gegeben, und derselben, in sofern sich der Ausgeschriebene keines größern Verbrechens in einer andern Botmäßigkeit schuldig gemacht hat, die Auslieferung angetragen werden.

5) Eben so soll die Auslieferung solcher Verbrecher, welche noch nicht ausgeschrieben, aber im Verfolg der gerichtlichen Untersuchung, eines in einer andern Botmäßigkeit begangenen Criminal - Verbrechens geständig wären, von der betreffenden Regierung derjenigen, in deren Gebiet das größere Verbrechen begangen worden, angetragen werden.

6) In folgenden besondern Fällen sind die Polizen-

Diener eines Cantons berechtigt, Verbrecher in andere Eidgenöss. Cantone zu verfolgen, und sie allda anzuhalten:

Beschlüsse.

8. Juny

1809.

8. July

1818.

a. Wenn Polizen-Diener, in Verfolgung der Spur von flüchtigen Verbrechern, auf die Gränze der Vormäsigkeit, welcher sie angehören, kämen, und durch eine noch so kurze Zögerung diese Spur verloren gehen, hiermit die gemeine Sicherheit durch Entweichung der verfolgten Personen Gefahr laufen würde. In diesem Fall sind die verfolgenden Polizen-Diener verpflichtet, sich vor dem auf ihrem Wege zunächst befindlichen Polizen- oder Gemeinds-Beamten des benachbarten Cantons zu stellen, und von ihm die in keinem Falle zu verweigernde Bewilligung und allfällige Handbietung zur fernern Nachsetzung zu begehren.

b. Wenn Polizen-Diener eines Cantons, welche sich mit Transport- oder dergleichen Befehlen in einen andern Canton begeben, in demselben zufällig Ausgeschriebene zu Gesicht bekommen.

c. Wenn Gefangene auf dem Transport entweichen würden.

7) Bedarf der verfolgende Polizen-Diener außer dem Canton einige Hülfe zur Arretirung, Eskortirung oder sonst, so soll ihm dieselbe auf Vorweisung eines Befehls, oder sonstige Legitimation, von sämmtlichen Polizen-Dienern oder Orts-Beamten unverweigerlich geleistet werden. Ist diese Handbietung momentan, so wird sie unentgeltlich geleistet; sollte sie aber von Dauer seyn und etwa in Verstärkung der Eskortirung von Gefangenen bestehen,



eidgenöss. so ist in solchen Fällen der hienach (Art. 11. a.) festgesetzte Tarif anwendbar.

8. Juny

1809.

8. July

1818.

8) Erreicht ein Polizen-Diener eines Cantons, ausser demselben, ausgeschriebene oder beschuldigte Verbrecher, so ist er in allen Fällen gehalten, sie zu dem obern Regierungs-Beamten des betreffenden Bezirks zu führen, demselben seinen Befehl, worunter auch ein Signalement begriffen ist, vorzuweisen, oder die Gründe der Anhaltung bekannt zu machen, und die Bewilligung zur Abführung, welcher ein Präkognitions-Verhör vorangehen soll, zu gewärtigen.

9) Sollte der betreffende Beamte Bedenken tragen, oder nicht competent seyn, die Abführung von sich aus zu bewilligen, so sorgt derselbe nichtsdestoweniger einstweilen für die Sicherheit des Arrestanten, giebt dem Polizen-Diener einen Schein der veranstalteten Arrestirung, und erstattet sodann ohne Verzug Bericht seiner Regierung, welche über die Gestattung der Auslieferung erkennt, und auf den Fall der Verweigerung, derjenigen Regierung, deren Polizen-Diener die Festsetzung vollzogen hat, ihre Gründe anzeigt.

10) In allen Fällen, wo Auslieferungen statt haben, läßt die Regierung, welche dieselben anbegehrt, oder angenommen hat, den oder die Gefangenen auf gutfindende Weise auf ihre eigene Kosten im Verhaftsort oder Hauptort des betreffenden Cantons abholen.

11) Falls aber diese Regierung aus besondern Gründen die Gefangenen nicht selbst abholen ließe, sondern

die Regierung des Cantons, wo dieselben gefangen sitzen, Eidgenöss. um die Ueberlieferung ansuchen würde, so kann dieselbe Beschlusse. nicht verweigert, und soll alsdann für den Transport 8. Juny 1809. bezahlt werden: 8. July 1818.

- a. Einem Führer für jeden Tag Hin- und Herreise, deren Zahl in dem Transport-Befehl (unvorhergesehene Fälle vorbehalten) zu bestimmen sind,

Frk. 2.

oder von einem halben Tag — 1.

- b. Für Unterhalt eines Gefangenen bk. 7.

- c. Wenn ein Gefangener, wegen Alters- oder Gesundheitsschwachheit, außer Stande wäre, die Reise zu Fuße zu machen, so soll dieses von der betreffenden Behörde in dem Transport-Befehl bescheinigt, und alsdann der Gefangene mit möglichst geringen Kosten auf einem Fuhrwerk transportirt werden; die daherigen Kosten werden ebenfalls von derjenigen Regierung bestritten, welcher der Gefangene zugeführt wird.

12) Für den Unterhalt eines Gefangenen im Verhaft, bis zu dessen Auslieferung, sollen von derjenigen Regierung, welcher der Gefangene zugeführt wird, vom Tage der Festsetzung an zu rechnen, täglich 7 bk., alle Unterhalts-, Heizungs und andere Kosten einbegriffen, vergütet werden.

Zu Vermeidung aller unnützen Kosten, soll in der Regel die ausliefernde Regierung den Antrag später nicht als binnen den ersten 8 Tagen, nach der Verhaftnehmung, erlassen.

Midgenöf.  
Beschlüsse.

8. Juny  
1809.

8. July  
1818.

13) Sollte aber der im Art. 5. bezeichnete Fall eintreten, und ein Verbrecher auch später, im Verfolg einer Untersuchung von Vergehen, die er in dem Canton, wo er gefangen sitzt, begangen hat, größere, in einem andern Canton verübte Delikte bekennen, so soll dann, im Fall der Auslieferung, der dieselbe annehmende Canton, die Abzugs-Kosten nur von dem Tage des geschehenen Antrags an, zu vergüten schuldig seyn.

14) Ist die Arretirung eines Gefangenen von solcher Wichtigkeit, daß diejenige Behörde, welche denselben hat ausschreiben lassen, eine Belohnung auf seine Einbringung gesetzt hat, so wird solche ebenfalls von derselben ausgerichtet, wenn schon die Verhaftung außer ihrer Notmäßigkeit statt gehabt hätte.

15) Außer den obbemeldten Kosten sollen keine andern, weder für Verhöre noch Scripturen, oder Ein- und Ausbürmung etc. angesetzt, sondern die Auslieferung gegenseitig unentgeltlich gestattet werden.

16) Die nach diesem Tarif einzurichtenden Kosten-Noten, werden jeweilen nach vor sich gegangener Auslieferung, von einer Regierung zur andern, oder in ihrem Namen durch die dazu begmächtigten Behörden berichtigt.

17) Sollte aber der auszuliefernde Verbrecher kein Geld seyn, und überhaupt Vermögen besitzen, oder zu erwarten haben, so sollen alle ergangene Verhafts-, Prozeß- und Judizial-Kosten (falls er dazu verurtheilt wird) nach dem Tarif des Cantons, in welchem die Sentenz ausgesprochen wird, davon erhoben werden, zu

welchem Ende sich die Cantone gegenseitig zu jeder Hand-  
bietung verpflichten, um diese Kosten da, wo das Ver-  
mögen des Delinquenten liegt, zu erheben.

Schweiz.  
Beschlüsse.

8. Juny  
1809.

8. July  
1818.

18) Falls die eine oder andere Regierung Gefan-  
gene transportiren ließe, welche ordentlicher Weise an-  
dere Botmäßigkeit betreten müßten, so ist gegenseitig  
festgesetzt:

- a. Daß der Führer des Gefangenen mit einem förmli-  
chen Transport-Befehl versehen seyn solle.
- b. Daß dieser Befehl bey dem Eintritt in einen an-  
dern Canton, dem ersten von der Hauptstraße nicht  
abgelegenen Regierungs-Beamten vorgewiesen, und  
von selbigem dahin visirt werden solle, daß dem Füh-  
rer, so lange er sich auf dieser Botmäßigkeit befin-  
det, die allfällig benöthigte Handbietung geleistet  
werde.
- c. Daß, wenn der Führer auf seinem Wege den  
Hauptort des Cantons passiren würde, er den Be-  
fehl daselbst noch von dem ersten Polizen-Beamten  
visiren lassen solle.
- d. Daß ein Gefangener, auf Begehren des Führers,  
über Nacht gegen Erlegung von 3 Bazen 5 Rappen in  
die Gefängnisse aufgenommen und verköstigt wer-  
den soll; daß aber, im Fall derselbe aus besondern  
Ursachen einen oder mehrere Tage in Verhaft bliebe,  
der Führer des Gefangenen sogleich für jeden Tag  
7 Bazen zu bezahlen habe.

19) Wäre es nothwendig, daß zu Erhebung eines

**Sidgenöf. Verbrechen oder seiner Umstände, Angehörige des einen**  
**Beschlüsse.** oder des andern Cantons, zur Ablegung eines Zeugnis-  
 8. Juny ses einvernommen werden müßten, so werden dieselben,  
 1809. auf vorläufige Ersuchungsschreiben, die Zeugnisse der  
 8. July Regel nach vor ihrem natürlichen Richter ablegen. Die  
 1818. persönliche Stellung der Zeugen, kann aber auch in  
 außerordentlichen Fällen, wenn nämlich solche zu Con-  
 frontationen oder zu Auerkennung der Identität eines  
 Verbrechers, oder von Sachen *re. nöthwendig* ist, von  
 der betreffenden Regierungs- Behörde begehrt, und soll,  
 ohne erhebliche, der ansuchenden Regierungs- Stelle an-  
 zuzeigende Gründe, niemals verweigert werden.

20) In diesem Fall machen sich die Cantone wech-  
 selfeitig anheischig, dem Zeugen an Entschädigung und  
 allfälligen Vorschuß zukommen zu lassen, was, nach  
 Maßgabe der Entfernung und Dauer des Aufenthalts,  
 auch in Berücksichtigung des Standes, des Gewerbes und  
 anderer Verhältnisse des requirirten Zeugen, billig ist;  
 so daß von Seite der Behörde, welche die persönliche  
 Zeugenerscheinung verlangt hat, eine vollständige Ent-  
 schädigung geleistet werde.

21) Gegenstände und Sachen, die erwiesener Mas-  
 sen in einem Canton gestohlen oder geraubt, in den an-  
 dern geschleppt, und dort, gleichviel wo und von wem,  
 in Natura gefunden werden, sollen getreulich angezeigt,  
 und ganz, unbeschwert von Prozeß-, Ersatz- oder der-  
 gleichen Kosten, dem Eigenthümer zurückgestellt wer-  
 den; dagegen aber soll der Regreß des Beschädigten auf  
 seinen Verkäufer, nach den Civil-Gesetzen, offen blei-  
 ben, und durch die betreffenden Regierungen gegenseitig  
 unterstützt werden.



Die Kosten dann, welche die Ablieferung, der Eidgenöss. Transport, und der allfällige Unterhalt der restituirten Gegenstände verursachen, werden von demjenigen Canton getragen, an welchen die Auslieferung geschieht.

8. Juny  
1809.

8. July  
1818.

Sollten aber die gestohlenen Waaren oder Effecten nicht mehr vorgefunden werden, so bleibt dem Beschädigten die Ersatz-Klage gegen den Beschädigenden offen, und diese werden auch die betreffenden Regierungen beschützen.

Note. Dieses Concordat besteht zwischen den Cantonen: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Glarus, Friburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Wallis und Neuenburg.

Waadt tritt den Bestimmungen des Concordats bey; mit Ausnahme der §§. 6, 7, 8, 9, 10 und 11, worüber der Canton besondere Verkommnisse mit den Mitständen zu errichten vorzieht; und ferner mit Ausschluß des §. 17, weil dort nicht die Regierung, sondern die richterlichen Behörden die Erhebung der Kosten gestatten können.

Genf hat sich über die Bedingungen seines Beitritts folgendermaßen erklärt:

1) „Que la demande en extradition des condamnés et „des coupables présumés, réclamés par le canton sur le „territoire duquel le crime aurait été commis, ne sera admise par le canton dans le territoire duquel ils se seraient réfugiés, que pour les crimes contre la sûreté extérieure et intérieure de l'Etat, la fabrication de fausse monnaie, le faux en écritures publiques, l'assassinat, l'empoisonnement, l'incendie, le vol avec violence ou effraction; la législation du canton duquel l'extradition est requise, déterminera si le crime commis se trouve compris dans ceux ci-dessus.“



**Vidgenöf. Beschlüsse.** 2) „ Que les ressortissans du canton de Genève, dont  
 8. Juny 1809. „ l'extradition serait effectuée, ne seront appliqués ni pré-  
 8. July 1818. „ paratoirement ni définitivement à la question, et qu'ils  
 „ ne seront en aucun cas soumis avant la condamnation  
 „ à aucune espèce de peine ou de contrainte corporelle,  
 „ autre que l'emprisonnement.“

3) „ Que la recherche ou l'arrestation des condamnés  
 „ ou des coupables présumés, ne pourront se faire par les  
 „ employés de police d'un canton sur le territoire d'un  
 „ autre canton que dans la forme déterminée par les lois.“

4) „ Que, lorsqu'il s'agira de coupables présumés,  
 „ l'extradition ne sera point opérée sur de simples signa-  
 „ lemens, mais sur des pièces, que les autorités compé-  
 „ tentes du canton, où les individus seraient arrêtés, juge-  
 „ raient suffisantes pour constater qu'ils sont dans un état  
 „ légal de prévention ou d'accusation des crimes indiqués  
 „ ci-dessus.“

5) „ Que dans le cas d'évocation d'un témoin, s'il se  
 „ trouvait complice, il sera renvoyé par devant son juge  
 „ naturel, aux frais du Gouvernement qui l'aurait appelé.“

6) „ Que l'extradition serait accordée pour tout con-  
 „ damné ou prévenu d'un crime non spécifié en l'article  
 „ premier, si le condamné ou prévenu est ressortissant  
 „ du canton, qui en fait la demande, pourvu que le dit  
 „ crime soit qualifié comme tel dans le canton auquel la  
 „ demande en extradition est adressée.“

7) „ Que, quant à la revendication des effets volés ou  
 „ enlevés dans un canton et transportés dans un autre, elle  
 „ devra avoir lieu conformément aux lois observés dans ce  
 „ dernier canton à l'égard de ses propres ressortissans.“

8) „ Que le concordat, ainsi modifié, durera dix ans  
 „ et qu'il expirera le 1er Juillet 1829, s'il n'est renouvelé.“

---

## C o n c o r d a t,

wegen gegenseitiger Auslieferung der Ausreißer  
von besoldeten Cantons-Truppen.

(Vom 6. Juny 1806; bestätigt den 9. July 1818.)

Die Stände Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden, Glarus, Zug, Fribourg, Solothurn, Basel, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Valais, Neuenburg und Genf, haben sich, jedoch ohne Beziehung auf capitulationsmäßige Dienstverhältnisse mit dem Ausland, die gegenseitige Auslieferung der Ausreißer ihrer Cantonal-Truppen, seien es Landjäger und Polizen-Häsker oder Militairs aus eigentlichen Standes-Compagnien, concordatweise neuerdings zugesichert; in dem Verstand übrigens: daß in keinem Falle dem Canton, welcher die Auslieferung leistet, dießfalls Kosten aufgebürdet werden können.

Eidgenöss.  
Beschlüsse.  
6. Juny  
1806.  
9. July  
1818.

Note. St. Gallen will freundschaftlich die Erklärung des Grundsatzes befolgen, ohne durch ein förmliches Concordat eine Verbindlichkeit zu übernehmen.

Schwyz nimmt keinen Antheil an dem Concordat. — Schaffhausen läßt darüber das Referendum walten. — Appenzell behält sich die Convenienz vor.

## C o n c o r d a t ,

wegen gegenseitiger Stellung der Fehlbaren  
in Polizen = Fällen.

(Vom 7. Juny 1810 ; bestätigt den 9. July 1818.)

**Eidgenöf. Beschlüsse.** Die concordirenden Stände wollen, bey allgemein anerkannten Polizen - Vergehen, die aus alt Eidgenössischer Uebung hervorgegangene Stellung der Schuldigen, auf förmliche Requisition hin, gestatten.

7. Juny 1810.  
9. July 1818.

Note. Diesem Concordat sind beygetreten: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Friburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Neuenburg.

Nargau und Tessin behalten die Ratifikation vor.

Waadt und Wallis das Referendum.

Genf lehnt den Beytritt ab.

## C o n c o r d a t,

Betreffend die Polizen-Verfügungen gegen Gauner,  
Landstreicher und gefährliches Gesindel.

(Vom 17. July 1812; bestätigt den 9. July 1818.)

1) Die Polizen gegen Reisende soll vervollkommenet, Eidgenöss. die Bedingnisse, unter denen Pässe ertheilt werden, und Beschlüsse. die ausstellende Behörde, so wie die Requisita der Pässe, 17. Juny 1812. näher bestimmt werden, und namentlich: 9. July 1818.

a. Pässe für das Ausland, so wie, wenn es Lands-Fremde betrifft, auch die Pässe für das Innere, sollen entweder einzig und allein von den Regierungs-Kanzleyen ausgestellt, oder wo es die Localitäten nicht gestatten, zwar auch von dem Obervollziehungs-Beamten ausgestellt, allemal aber von den Regierungs-Kanzleyen visirt, und in eine General-Controlle eingetragen werden.

b. Für das Innere der Schweiz, sollen die Pässe nur von den Regierungs-Kanzleyen oder den obern Vollziehungs-Beamten, und zwar allein auf solche Belege hin ertheilt werden, die über die Individualität des Paß-Trägers sichere und beruhigende Auskunft zu geben vermögen; um zu verhüten, daß nicht Bettler, Vaganten und gefährliche Leute, unter dem Schutz eines Passes, ihr Wesen im Innern der

Basler  
Beschlüsse.

17. Juny  
1812.

9. July  
1818.

Schweiz treiben, den Landleuten durch Abforderung von Herbergen, Almosen u. beschwerlich fallen oder gar das Faunerwesen treiben.

c. Es soll ein gemeinsames, in der Schweiz ausschliesslich geltendes, Paß-Formular eingeführt werden, das alle die Requisite, deren ein wohl eingerichteter Paß bedarf, enthalten soll, und:

d. Die Kundschaften für Handwerksgefallen sollen gänzlich abgeschafft und dagegen Wanderbücher, wie solche in Deutschland gebräuchlich sind, eingeführt, und einzig von den obern Vollziehungs-Beamten ausgestellt werden.

2) Sämmtliche Stände verpflichten sich, ein wachsames Auge zu haben auf Klöster und andere Orte, wo Almosen ausgetheilt werden; alle sich dort vorfindenden beruflosen Leute zu ergreifen, und nach Massgabe der Umstände entweder wegzuschaffen, oder wenn es Signifizierte sind, an den ausschreibenden Richter abzuliefern; vorzüglich aber aufmerksam zu seyn auf Diebshehler, auf Bettel-Juden, durch die das Faunerwesen alimentirt wird, mit aller Strenge gegen dieselben zu verfahren, und mit vereinigter Kraft und in Verbindung mit den benachbarten Mitständen, die zweckmässigsten Massnahmen zu Aufrechthaltung der innern Sicherheit zu treffen.

3) Von allen Ständen wird der Grundsatz als verpflichtend angenommen, keine der gemeinen Sicherheit gefährliche Schweizer zu verbannen, sondern sie in einheimischen und ausländischen Anstalten in Erhaltung zu setzen; in Hinsicht der Fremden aber, solche Massnahmen



zu treffen, daß ihre Wegschaffung aus der Schweiz den Eidgenöſſ. Mitständen nicht gefährlich werde. Weil aber in mehreren Cantonen sich keine oder wenigstens keine hinreichende Anstalten finden, so wird:

Beschlüsse.

17. Juny

1812.

9. July

1818.

4) Die Eidgenöſſiſche Behörde eingeladen, mit fremden Staaten Negotiationen einzuleiten, zu dem Endzweck, daß die einheimischen Verbrecher in äußere Zuchthäuser oder in entfernte Colonien aufgenommen werden; nach deren fruchtlosem Erfolg es sich dann fragen wird, in wiefern es denen Cantonen, die keine Zuchthäuser besitzen, anstehen mag, zu Errichtung gemeinsamer Zuchthäuser sich zu vereinbaren, und endlich:

5) Die signalisirten Verwiesenen, vorzüglich wenn es Lands-Fremde sind, sollen von der Polizen-Behörde des Cantons, wo sie aufgegriffen worden, wo möglich über die Gränze der Eidgenossenschaft gebracht; falls aber deren Wegschaffung über die Gränze nicht möglich wäre, diese Verwiesenen wiederum dem Canton zugeführt werden, welcher die Verbannungs-Strafe gegen sie ausgesprochen hat; die Signalisirten hingegen, deren Arrestation verlangt wird, sollen derjenigen Behörde ausgeliefert werden, von der sie ausgeschrieben worden sind.

Note. Diesem Concordat sind unbedingt beigetreten: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden, Zug, Freyburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Wallis und Genf; und mit Ratifications-Vorbehalt Tessin.

Schweiz behält in Hinsicht des §. 3. die Verbannungs-Strafe betreffend, die Cantonal-Souverainität vor.

Glarus wird niemals Bannisations-Strafen aus seinem Gebiet allein, zum Nachtheil anderer Cantone aussprechen,



**Eidgenöſſ. Verbannungsurtheile** aus der ganzen Eidgenossenschaft hingegen **Beschlüsse.** mögen zu Glarus, jedoch nur in seltenen Fällen, ausgesprochen werden.

17. Juny  
1812.

9. July  
1818.

Vaud ne peut prendre l'engagement énoncé dans cet article de ne bannir aucun Suisse dangereux à la sûreté publique, attendu que la question du bannissement dépend de la législation intérieure des cantons. Toutefois ce genre de peine est rarement employé, et seulement dans le cas de récidive.

Neuchâtel n'estime pas qu'il soit nécessaire, de convenir d'un concordat sur les mesures à prendre contre les vagabonds et gens sans aveu; il ne peut même du tout adhérer à l'article 3 du concordat ci-dessus. Quant aux individus qu'il bannit, il continuera à prendre des précautions pour que les Etats de la Confédération n'en soient pas surchargés; et s'il est dans le cas de bannir quelqu'individu, originaire d'un autre canton, et qu'il y soit renvoyé, il conviendra volontiers de donner connaissance des jugemens qui ont été rendus, aux cantons qui en agiront de même à son égard.

## C o n c o r d a t,

betreffend die Ertheilung und die Formulare  
der Reise-Pässe.

(Vom 22. Juny und 2. July 1813; bestätigt den 9. July 1818.)

2. July  
1813.  
9. July  
1818.

1) Die Eidgenössischen Gesandtschaften, Namens ihrer respectiven Stände, erklären: nachstehendes Formular der Reise-Pässe für das Ausland und für das Innere der Schweiz annehmen und befolgen zu wollen.

Reise-

# Reise - Paß

für das Ausland und für das Innere der Schweiz.

Eidgenöss.  
Beschlüsse.

2. July  
1813.

9. July  
1818.

## Schweizerische Eidgenossenschaft.

Canton: (Standes-Wappen des betreffenden Cantons.) (Namen des Cantons).

Controle Nro.

Im Namen der Regierung.

Signalement  
des Paß-Inhabers.

Der (Namen der Behörde, welche den Paß ausstellt); ersucht hiemit sämtliche Behörden und Beamte, denen die Handhabung der öffentlichen Ordnung und allgemeinen Sicherheit obliegt, frey und ungehindert durchreisen zu lassen (Namen des Reisenden); seines Berufs (Charakter des Reisenden); gebürtig von (Heimathort sammt Botmäßigkeit); in der Absicht (Grund der Reise). Derselbe wird zugleich unter Anerbietung gleicher Gegendienste zu Schutz und Hülfe empfohlen.

Alter, Jahre,

Taille,

Größe, Schuh, Zoll,

Haare,

Stirne,

Augenbraunen,

Augen,

Nase,

Mund,

Kinn,

Gesicht,

Besondere Zeichen:

Gegenwärtiger Reise - Paß ist gültig (Dauer der Gültigkeit): ausgestellt auf (Anzeige auf welche Weise sich der Paß-Inhaber über seine Person, Heimath und Zweck der Reise legitimirt hat).

Gegeben zu (Ort der Ausstellung) den . . . Tag . . . Monat . . . Jahr (letzteres mit Buchstaben ausgeschrieben).

Unterschrift  
des Paß-Inhabers:

(Der Name der Behörde).

Eidgenöſſ. 2) Die L. Stände haben für die sogenannten Lauf-  
Beschlüſſe. Pässe das nachstehende Formular angenommen:

2. July

1813.

9. July

1818.

## Schweizerische Eidgenossenschaft.

Nro.

Obere Polizen-Direktion des Cantons.

R e i s e - P a ß

nach

<p>Signalement des Paß-Inhabers.</p> <hr style="width: 20%; margin: 5px auto;"/> <p>Alter, Jahre, Hoch, Schuh, Zoll, Französisch Maß, Haare, Augen, Nase, Mund, Kinn, Gesicht, Statur, Besondere Merkmale:</p>	<p>Sämmtliche Behörden, denen die Handhabung der allgemeinen Sicherheit obliegt, werden ersucht, Vorzeiger dieses (Namen, Wohnort und Beruf, Ursache warum der Lauf-Paß gegeben wird); welcher daher angewiesen wird, sich innerhalb einer Zeit von ... Tagen ... über (Bezeichnung der Route) nach (Bestimmungsort) zu begeben, auf dem vorgeschriebenen Weg sicher und ungehindert passiren zu lassen.</p> <p>Einzig gültig für diese Reise, die bestimmte Zeit und den vorgeschriebenen Weg.</p>
--	---

Unterschrift  
des Paß-Inhabers:

Gegeben in . . . den . . .

Für die Polizen-Direktion:

3) Da in Hinsicht der Wanderbücher für Handwerksgeſellen, die gewünschte Uebereinstimmung unter den Cantonen wirklich schon besteht, so fand die Tag-

sakung dormalen nicht für nothwendig, sich mit Festsetzung eines dießfälligen Formulars zu beschäftigen.

Widrigenh.  
Beschlüsse.

2. July

1813.

9. July

1818.

4) Ueber die Frage: an wen und unter welchen Bedingungen die Pässe ertheilt werden sollen, hat die Hohe Tagsatzung folgende Bestimmungen festgesetzt:

Ertheilung eigentlicher Reise-Pässe für das Ausland und das Innere.

Pässe können gegeben werden:

- a. Allen Cantons-Bürgern, nach den in jedem Canton bestehenden Verordnungen.
- b. Auch jenen die nicht Cantons-Angehörige sind, sehen sie Schweizer-Bürger oder Fremde, im Fall sie sich mit gesetzlicher Niederlassungs-Bewilligung ausweisen können. Jene Fremden aber von auswärtigen Staaten, deren Minister in der Schweiz residiren, sollen bey denselben sich um einen Paß bewerben, oder einen Bewilligungsschein für einen Schweizerischen auswirken.
- c. In außerordentlichen oder dringenden Fällen, wo der Paß vergessen, verloren, oder die Dauer desselben ausgelaufen seyn würde, können auch Schweizer-Bürgern aus andern Cantonen, oder fremden Durchreisenden, Pässe ertheilt werden, wenn sich dieselben durch einen angesehenen Mann des Orts oder auf eine andere hinreichende, unzweydeutige Art, als rechtliche Leute legitimiren können.
- d. Fremden Arbeitern und Dienstboten, die wenigstens ein Vierteljahr mit Vorwissen der Orts-Be-

Eidgenöss.  
Beschlüsse.

2. July

1813.

9. July

1818.

hörde in Diensten gestanden, und gute Zeugnisse ihrer Meister aufzuweisen haben.

- e. Endlich jenen, die kein eigentliches Heimath-Recht besitzen, sich aber seit mehreren Jahren im Canton aufgehalten haben, und Zeugnisse eines untadelhaften Wandels vorlegen können.

5) Die Errichtung der Wanderbücher betreffend, haben sich die L. Stände über folgende Bestimmungen vereinigt:

#### Ertheilung der Wanderbücher.

Da nach dem allgemeinen Concordat vom Jahr 1812 über Eidgenössische Polizen-Verfügungen, die Kundschaften abgeschafft und anstatt derselben die Wanderbücher allgemein eingeführt werden sollen, so sind selbe zu ertheilen:

- a. Jedem Schweizer-Bürger, der nach vollendeten Lehrjahren, seine Wanderschaft antritt, und sich über sein unklaghaftes Benehmen ausgewiesen hat.
- b. Jedem Schweizer-Bürger, der wenigstens vier Wochen im Canton in Arbeit gestanden, und dardurch kann, daß das bis jetzt gehabte Wanderbuch zu Ende geschrieben sen.
- c. An Fremde in obigen zwei Fällen, wenn sie Bewilligungs-Scheine zum Auswandern ins Ausland, von ihrer Landes-Obrigkeit vorweisen können. Wenn die Auswanderungs-Bewilligung auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist, so soll dieß im Wanderbuch mit der Dauer seiner Gültigkeit angemerkt werden.



- d. Im Fall ein Wanderbuch verloren geht, so kann Eidgenöſſ. bei hinlänglicher Ausweisung, der Regel nach, nur von der Behörde ein anderes gegeben werden, welche das verloren gegangene zuletzt viſirt hat.

Beschlüsse.

2. July

1813.

9. July

1818.

6) Endlich wurde wegen Ertheilung der Lauf-Pässe die Verfügung getroffen:

Daß Lauf-Pässe gegeben werden sollen:

- a. Leuten, die ohne Pässe und ohne Beruf bettelnd herumziehen.
- b. Solchen, die zwar Pässe oder Wanderbücher tragen, lange aber nicht mehr in Arbeit stunden, ihre Pässe oder Wanderbücher nicht gehörig viſiren lieſſen; diese werden nach Abnahme der Pässe oder Wanderbücher in ihre Heimath zurückgewiesen.
- c. Leuten endlich, die nach ausgestandenen Strafen, oder wegen fleinerer Polizen-Vergehen, in ihre Heimath geschickt werden.

Note. Diesem Concordat sind XXI Cantone, (Tessin (mit Ratifications-Vorbehalt) beigetreten.

Neuchâtel s'y conformera autant que cela est compatible avec ses circonstances intérieures.



## Eidgenössische Verfügungen wegen Bettelbriefen und Steuersammlern.

A.

### C o n c o r d a t, wegen Steuersammeln im Innern der Schweiz.

(Vom 20. July 1803 und 2. August 1804; einmüthig bestätigt  
den 9. July 1818.)

Eidgenöss.  
Beschlüsse.

20. July

1803.

2. August

1804.

9. July

1818.

1) Es können keine allgemeine Steuerbriefe von einer Cantons-Regierung auf andere Cantone ertheilt werden.

2) Das Steuersammeln in einem Canton geschieht nur mit Bewilligung der Cantonal-Regierung, und auf die von ihr festgesetzte Weise.

3) Die Cantonal-Regierungen werden ersucht, ihre Empfehlungen in Rücksicht auf Steuersammlungen, nur auf die allernöthigsten Fälle zu beschränken.

4) Wenn ein Canton jemand der Seinigen andern Cantonen zur Steuerbewilligung empfehlen will, so soll die dießfällige Empfehlung von niemand anders als der ersten Cantons-Regierungs-Behörde ausgestellt werden.

## B.

## B e s c h l u ß ,

Betreffend die Bewilligungen zu Steuer-  
sammlungen im Ausland.

(Vom 16. August 1817.)

1) Die Steuersammlungen im Ausland, für Schweizerische Berg-Hospizien, sollen ausschließlich von den Ständes-Regierungen selbst bewilliget, und mit der Unterschrift und dem Siegel ihrer Canzley ausgestellt werden.

Eidgenöss.  
Beschlüsse.  
16. August  
1817.

2) Solche Patente, welchen immer eine genaue Personal-Beschreibung des Steuersammlers selbst, einverleibt werden soll, werden noch überdieß von den Cantons-Regierungen der vorörtlichen Behörde unmittelbar zugesandt, um derselben Legalisation zu erhalten.

3) Gegenwärtiges Conclusum hat die Eidgenössische Canzley zur Kenntniß der Eidgenössischen Geschäftsträger und Handels-Consuln im Ausland zu bringen, und überdieß dafür zu sorgen, daß bey jedem vorkommenden Fall, die betreffenden Consuln von dem ertheilten Bewilligungspatent abschriftliche Mittheilung erhalten.

## B e s c h l u ß

wegen Gültigkeit der endlichen Urtheilssprüche der  
ehemaligen Helvetischen Gerichtshöfe.

(Vom 14. July 1806; bestätigt den 13. July 1818.)

Eidgenöß. Die Tagsatzung, im Namen der hohen Stände der  
Beschlüsse. Eidgenossenschaft, anerkennt den Grundsatz: daß die zur  
14. July Zeit der Helvetischen Regierung von dem obersten Ge-  
1806. richtshof in Civil-Sachen erlassenen endlichen Urtheils-  
13. July sprüche, worüber nach damaligen Gesetzen, weder Wei-  
1818. tersziehung vor eine höhere Instanz, noch Refurs, noch  
Revision hätte statt haben können, in Kraft verbleiben,  
und von den löblichen Cantonen gehandhabt werden  
sollen.

## C o n c o r d a t

für die Ertheilung von Heimathrechten  
an die Heimathlosen.

(Vom 6. und 31. July 1820.)

31. July Die nachbenannten Stände der Schweizerischen Eidge-  
1820. nossenschaft, Luzern, Zürich, Uri, Unterwal-

den, Glarus, Zug, Frenburg, Solothurn, Eidgenöf. Baseler, Schaffhausen, Appenzell Auser-Rhod. Beschlüsse. den, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, 31. July 1820. Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf, haben zu endlicher Bestimmung des Zustandes der Heimathlosen, nach vorgenommener Revision des darüber früher abgeschlossenen Concordats, folgende Uebereinkunft geschlossen:

1) Diejenigen Heimathlosen, welche ein von ihnen selbst oder von ihren Eltern besessenes Heimathrecht darthun können, denen aber dasselbe, aus was immer für einer Ursache, nicht zugestanden werden will, sollen in demjenigen Canton, worin sie sich wirklich aufhalten, so lange geduldet werden, bis über ihre Heimathrechts-Ansprache entschieden seyn wird.

2) Um diesen Entscheid zu erhalten, soll vor allem aus zwischen den betreffenden Regierungen des Angesprochenen und desjenigen Cantons, worin der Ansprecher sich aufhält, eine Correspondenz eröffnet werden, und wenn mittelst derselben der Widerspruch innerhalb Jahresfrist nicht gehoben werden kann, so soll derselbe ungesäumt an das Eidgenössische Recht, nach dem Art. 5. des Bundes-Vertrags, gewiesen werden.

Die erbetenen Schiedsrichter sollen ihren Entscheid spätestens im Laufe der auf ihre Ernennung zuerst folgenden Tagsatzung aussprechen, wofern anders nicht beide streitende Theile für einen längern Zeitraum einverstanden sind.

3) Durch die Uebernahme der Zuerkennung von Heimathlosen wird den Verfügungen keineswegs vorgegriffen,

Eidgenöſſ. welche der Kanton über die bürgerlichen Rechte und Ge-  
 Beschlüſſe. nüsse dieser seiner Angehörigen zu treffen für gut findet.  
 31. July

1820.

4) Diejenigen Heimathlosen, welche ein selbst oder durch ihre Eltern besessenes ursprüngliches Heimathrecht nicht darthun können, sollen demjenigen Canton angehören, in welchem sie seit Anfang des Jahrs 1803 sich am längsten aufgehalten haben; woben die Cantonal-Verfügungen über die Rechte und Genüsse derselben gleichmässig vorbehalten bleiben.

5) Würden hinsichtlich der längern oder kürzern Duldung oder des Aufenthalts, die der Heimathlose in verschiedenen Cantonen genossen hat, und der dadurch gegründeten endlichen Aufnahme desselben sich Widersprüche zwischen den betreffenden Regierungen ergeben, so soll ihn derjenige Canton, in welchem er zuletzt seinen Aufenthalt oder Wohnsitz hatte, so lange dulden, bis jener Widerspruch, nach der im Art. 2. vorgeschriebenen Anleitung, welche auch in diesem Fall zur Richtschnur dienen soll, gehoben seyn wird.

6) Obige, für die Unterscheidung und Behandlung der Heimathlosen festgesetzten Bestimmungen, sollen gleichmässig auf die Convertiten und Proselyten, und zu Ausmittlung ihrer zweifelhaften oder mangelnden Heimathsverhältnisse angewandt werden.

In der Tagsatzung des Jahrs 1821 ist der Hohe Stand Bern diesem Concordat ebenfalls beigetreten.

---

# Verkommnisse der Eidgenossenschaft mit benachbarten Staaten.

---

## I.

### V e r t r a g

zwischen Sr. K. K. Apostol. Majestät und der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft, wegen gegen-  
seitiger Aufhebung der Abschoß-, Abfahrts-  
und Abzugs-Gelder.

(Vom 3. August 1804.)

---

Nachdem Seine Kaiserl. Königl. Apostol. Majestät durch die Berücksichtigung: daß durch die Erhebung der Nach-  
steuern, Abschoß- oder Abfahrts-Gelder, welche von den um- und wegziehenden Landes-Einwohnern auch in Erbschafts-Fällen gefordert wurden, der freye Verkehr zwischen den Untertanen benachbarter Staaten erschwert

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
3. August  
1804.



**Eidgenöss. und der möglichen Erhöhung des Gewerbleißes Schran-**  
**Verkomm-** ken gesetzt werden, Sich bewogen gefunden haben,  
**nisse.** sämtlichen XIX. Cantonen der Löblichen Schweizeri-  
 3. August schen Eidgenossenschaft den Wunsch zu einem freund-  
 1804. schaftlichen Einverständniß hierüber eröffnen zu lassen,  
 und die so eben versammelte Tagsatzung als oberste Be-  
 hörde der Schweiz, in Kraft eines im vorigen Jahr ge-  
 nommenen Beschlusses, von gleichen Gesinnungen für das  
 Beste ihrer Landes-Einwohner beseelt, zu einem solchen  
 Freyzügigkeits-Vertrag sich willfährigst erklärte; so ha-  
 ben die beyderseitigen Bevollmächtigten, nämlich: der  
 bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft akkreditirte,  
 K. K. wirkliche Geheime-Rath, Commandeur des Kö-  
 nigl. Ungarischen St. Stephans-Ordens, und bevoll-  
 mächtigter Minister, Heinrich Freyherr von Crumpipen;  
 und von Seite der Eidgenössischen Tagsatzung, die Her-  
 ren David Stockar von Neuform, des kleinen Raths und  
 Gesandter des Cantons Schaffhausen; und Carl von Re-  
 ding, Regierungs-Rath und Gesandter des Cantons  
 Aargau, mit Vorbehalt der unmittelbaren Genehmigung  
 Seiner K. K. Apostol. Majestät und der Eidgenössischen  
 Cantone, dahin mit einander sich vereinbaret:

1) Es solle, von dem Tag der ausgewechselten Ra-  
 tifikationen, zwischen sämtlichen Staaten Seiner K. K.  
 Apostol. Majestät, und sämtlichen XIX. Cantonen der  
 Löblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft, eine Frey-  
 zügigkeit beobachtet, und von allen Angehörigen beyder  
 Staaten, bey ihrem Hin- und Herziehen, bey künftigen  
 Erbschaften, oder anderweitigem Vermögens-Anfall,  
 ein Abschoss-, Abfahrts- oder Abzugs-Geld, in soweit  
 solches bisher zwischen Oesterreich und der Schweiz mit

zehn, und zwischen Oesterreich und dem ehemaligen Frey- Eidgenöss. Staat der drey Bünden mit fünf vom Hundert in die Land- Verkomm-  
desfürstliche, oder Cantons - Cassen geflossen ist, nimmer, nisse.  
hin eingehoben werden. 3. August  
1804.

2) Hiervon sind ausgenommen: die Schreib- und Handänderungs - Gebühren, die von den im Lande wohnenden und darin bleibenden Einwohnern ebenmäßig bezogen werden.

3) In Bezug auf diejenigen Abschoß-, Abfabrts- oder Abzugs - Gelder, welche Gemeinden oder Herrschaften in den K. K. Staaten zu beziehen berechtigt sind, soll eine vollkommene Reciprocität statt haben.

Die Eidgenössischen Cantone wollen denjenigen Gemeinden und Herrschaften, welche die bisher genossenen Rechte gegen die Schweiz aufgeben, die gleiche Freyzügigkeit ebenfalls gestatten, dagegen sie sich die nämlichen Bezüge gegen diejenigen für die Cantons - Cassa vorbehalten, die auf ihren Bezugsrechten beharren wollen.

Sollte man in der Folge finden, daß einige Artikel des gegenwärtigen Traktats Erläuterungen bedürfen, so haben die unterhandelnden Mächte sich ausdrücklich dahin einverstanden, durch gütliche Uebereinkunft die einer Ausgleichung bedürfenden Artikel des Nähern zu bestimmen.

Dieser Vertrag soll als ein Staats - Vertrag von beyden Seiten unwiderrufliche Gültigkeit erhalten, und vom Tage der erfolgten beydsseitigen unmittelbaren Genehmigung, rechtlich zu wirken anfangen.

**Eidgenöſſ. Verkomm-  
niſſe.** Diese Ratifikation und die Auswechslung soll inner-  
halb dreßßig Tagen erfolgen.

3. August  
1804.

Zur Urkunde deſſen, haben die beydſeitigen Bevoll-  
mächtigten diese Vertrags - Urkunde, nachdem ſie gleich-  
lautend doppelt ausgefertigt worden, eigenhändig unter-  
ſchrieben, beſiegelt und gegen einander ausgewechſelt.

So geſchehen den 3. August 1804 in Bern, und von  
den beydſeitigen Bevollmächtigten unterzeichnet:

(L. S.) David Stockar  
(L. S.) H. Crumpfen. von Neuſorn.

(L. S.) Carl v. Reding.

Datum der Ratifikation von Seite J. K. K. Maje-  
ſtät den 21. August 1804.

Von Seite der Schweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft den  
23. Weinmonat 1804.

Note. Laut einer am 23. August 1818, von Sr. Exc. dem  
K. K. Deſterreichiſchen Herrn Geſandten in der Schweiz, an die  
Eidgenöſſiſche Tagsatzung gerichteten officiellen Note, iſt die  
bereits im Jahr 1817 von der K. K. Regierung anerkannte Aus-  
dehnung des Freyzügigkeits - Vertrags von 1804, auf alle Staa-  
ten, welche gegenwärtig das Kaiſerreich Deſterreich bilden, und  
auf die wirklichen XXII Cantone der Schweiz, im April und  
May 1818, allen oberſten Landes - Behörden der Monarchie  
durch Kaiſerliche Dekrete zur weitem Verkündung und unmittel-  
baren Nachachtung, bekannt gemacht worden. Die Ausſtel-  
lung urkundlicher, gegenseitig auszuwechſelnder, dießfälliger Er-  
klärungen, hat noch nicht ſtatt gefunden.

## II.

## V e r t r a g

zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen  
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wegen  
gegenseitiger Aufhebung des Abschoßes und Ab-  
fahrts = Geldes.

(Vom 3. März 1812.)

Seine Königl. Majestät von Preußen und die Schwei-  
zerische Eidgenossenschaft, welche beyde den Entschluß  
gefaßt, gegenseitig den Abschoß und das Abfahrts-Geld  
(gabella hereditaria et census emigrationis) aufzuhe-  
ben, haben zu diesem Behuf zu Ihren Bevollmächtigten  
ernannt, nämlich Seine Majestät der König von Preuß-  
sen: Ihren bevollmächtigten außerordentlichen Gesandten  
bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Kammerherrn,  
und des Königlichen rothen Adler-Ordens Ritter, Baron  
de Chambrier d'Oleires Excellenz, und der Landam-  
mann der Schweiz, im Namen der Hochlöblichen Eid-  
genossenschaft, die Hochgeachteten Herren Hans Bernhard  
Sarasin, Bürgermeister des Cantons Basel, und Ru-  
dolph Stehelin, Mitglied des Kleinen und des Staats-

Verkomm-  
nisse.  
3. März  
1812.

**Eidgenöss. Rath und Dreierherr**, welche nach Auswechslung ihrer  
**Vertomm-** Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen  
 nisse.  
 3. März  
 1812. sind :

1) Bei keinem Vermögens-Ausgang aus den Königlich Preussischen Landen in die Schweiz, oder aus dieser in jene, es mag sich solcher Ausgang bei denjenigen Auswanderungs-Fällen, welche in den beiden respectiven Staaten gesetzlich erlaubt sind, oder bei Erbschaften, Legaten, Schenkungen, oder auf andere Art ergeben, soll irgend ein Abschoß (gabella hereditaria) oder Abfahrts-Geld (census emigrationis) noch auch irgend eine andere Gebühr, als nur diejenige, welche nach den Gesetzen die Eingebornen selbst zu bezahlen haben, erhoben werden.

2) Die vorstehend bestimmte Freizügigkeit soll sich sowohl auf denjenigen Abschoß, und auf dasjenige Abfahrts-Geld, welche in die öffentlichen Staats-Cassen fließen würden, als auf denjenigen Abschoß, und auf dasjenige Abfahrts-Geld erstrecken, welche in die Cassen der Städte, Märkte, Krämerereyen, Stifter, Klöster, Gotteshäuser, Patrimonial-Gerichte und Corporationen, überhaupt in die Casse irgend eines Privat-Abschoß- oder Abfahrt-Berechtigten, fließen würden.

3) Die Bestimmungen der obstehenden Artikel 1. und 2, sollen sich auf alle jetzt pendente, und auf alle künftige Fälle erstrecken.

4) Die Ratifikationen der gegenwärtigen Convention, sollen in Zeit von vier Monaten, vom heutigen Tage an

an zu rechnen, oder wenn es möglich ist, früher ausge- Eidgenöss.  
wechselt werden. Verkomm-  
nisse.

Geschlossen in Basel den 3. März 1812.

3. März  
1812.

(L. S.) Jean Pierre B.  
de Chambrier  
d'Oleires.

(L. S.) Jean Bernard Sara-  
sin, Bourgmestre  
du canton de Bâle.

(L. S.) Jean Rodolphe Ste-  
helin, Conseiller  
d'Etat et Trésorier.

Datum der Ratifikation von Seite S. K. Majestät  
den 31. März 1812.

Von Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft den  
8. Brachmonat 1812.



## E r k l ä r u n g

wegen Ausdehnung der seit 1812 zwischen der Königl. Preussischen Regierung und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Freizügigkeits- Uebereinkunft, auf sämtliche jetzige Königlich Preussische und zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörige Lande.

(Vom 25. Oktober 1817.)

**Eidgenöſſ. Verkomm-  
nisse.** Die Königliche Preussische Regierung und die Schweizerische Eidgenossenschaft, sind mit einander dahin übereingekommen, und erklären hiermit: daß gegenseitig der Abschoß bey Erb- und Vermächtnißfällen, und das Abfahrts-Geld in allen denjenigen Fällen, in welchen die Auswanderungen aus den Königl. Preussischen Staaten in die Schweiz, und aus der Schweiz in die Königl. Preussischen Staaten erlaubt sind, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fiskus oder Privat-Berechtigten, Communen oder Patrimonial-Gerichten zustehe, aufhören soll; und daß die dieserhalb im Jahr 1812 zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossene Uebereinkunft, auf sämtliche jetzige respektive Königl. Preussische, und zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörige Lande Anwendung finden soll; daß mithin in allen denjenigen innerhalb der respektive Königl. Preussischen und zu der

Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörigen Landen, jetzt Eidgenöſſ. etwa anhängigen und künftig vorkommenden Erbschafts- Verkommnisse. Vermächtniß- und Vermögens- Verabfolgungs- Fällen 25. Oktober 1817. aus dem einen in den andern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinkunft verfahren werden soll.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplarien von dem Königlichen Ministerium, und von Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beyderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Urkundlich ist diese Erklärung mit dem Königlichen Insignel bedruckt, und von mir, dem Staatskanzler, unterzeichnet worden.

Berlin, den 25. Oktober 1817.

(L. S.) E. Fürst von Hardenberg.

Note. Eine wörtlich gleichlautende Erklärung der Eidgenossenschaft, unterzeichnet von Sr. Exc. dem Herrn Schultheiß von Wattenwyl, so wie von dem Kanzler der Eidgenossenschaft, Herrn Mousson, und mit dem Eidgenössischen Siegel bekräftigt, wurde in Bern ausgestellt den 9. July 1817, und gegen die vorstehende K. Preussische Erklärung ausgewechselt ebendasselbst den 27. November desselben Jahrs.

## III.

## Frenzügigkeits - Vertrag

zwischen Sr. Churfürstlichen Durchlaucht von  
Pfalz - Bayern und der Schweizerischen Eid-  
genossenschaft.

(Vom 20. July 1804.)

**Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
20. July  
1804.**

Nachdem von der Schweizerischen Eidgenössischen Tag-  
sagung der Grundsatz aufgestellt worden: mit allen be-  
nachbarten Staaten, die gegen die Schweiz Abzugsfren-  
heit eintreten lassen wollen, reziprozirliche Frenzügig-  
keits - Traktaten abzuschließen, und in Folge dieses  
Grundsatzes Seine Churfürstliche Durchlaucht von Pfalz-  
Bayern, durch Höchstderoselben bey der Schweizerischen  
Eidgenossenschaft beglaubigten Minister - Resident, an  
die Schweizerische Tagsagung Anträge haben gelangen  
lassen, eine solche reziprozirliche Frenzügigkeit zwischen  
beyden Staaten einzuführen, um die bisher bestandenen  
freundschaftlichen Verhältnisse noch fester zu knüpfen,  
und den wechselseitigen Verkehr möglichst zu begünsti-  
gen: so ist hierauf, — belebt von Uebereinstimmung der  
Gesinnungen und Wünschen, — zwischen dem Herrn Mi-  
nister - Resident Sr. Churfürstl. Durchlaucht von Pfalz-  
Bayern, Herrn Freyherrn von Berger; und denen von

der Schweizerischen Tagsatzung Bevollmächtigten Hochge-  
achteten Herrn Morell, Regierungs-Rath und Gesand-  
ter des Cantons Thurgau, Herrn Sarasin, Bürgermei-  
ster und Gesandter des Cantons Basel, und Herrn  
Fehle, Appellations-Rath und Legations-Rath des  
Cantons Aargau; dießfällige Unterhandlung gepflogen,  
und als Resultat derselben, folgender Freizügigkeits-  
Traktat verabredet und abgeschlossen worden:

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.

20. July  
1804.

1) Es solle von dem Tag der wechselseitigen Rati-  
fikation an, zwischen den sämmtlichen jetzigen und künf-  
tigen Landen Seiner Churfürstl. Durchlaucht von Pfalz-  
Bayern, und den gesammten jetzigen und künftigen Lan-  
destheilen der Eidgenossenschaft, ein vollkommen freyer  
Vermögenszug statt haben, und alle Angehörige der beyd-  
seitigen Staaten bey ihrem Hin- und Herziehen, bey  
Anfall von Erbschaften oder sonstigem Vermögensanfall,  
von einer Seite auf die andere, von allen und jeden dieß-  
fälligen Abgaben, sie mögen nun den Namen von Abzugs-  
Manumissions - Emigrations - Gebühren, oder irgend  
einen andern Namen tragen, und von dem Staat selbst,  
oder von Gemeinheiten, oder Beamten bezogen worden  
seyn, auf ewige Zeiten befreyt bleiben, und hierin von  
beyden Staaten die vollkommenste Gleichheit beobachtet  
werden.

2) Hievon sind einzig ausgenommen: die Schreib-  
gebühren und Theilungstagen, die von denen im Lande  
wohnenden und darin bleibenden Einwohnern in gleichem  
Fall auch bezogen werden, und nicht von der Expor-  
tation herrühren; sonst alles ohne irgend ein Bedingniß,  
noch Vorbehalt.

Eidgenöſſ. 3) Die Ratifikation ſowohl Seiner Churfürſtlichen  
Verkomm- Durchlaucht von Pfalz-Bayern, als der ſämmtlichen  
niſſe. Cantone der Eidgenoſſenſchaft wird bey Unterzeichnung  
20. July des Traktats vorbehalten.  
1804.

4) Die Ratifikation ſolle im Laufe des September-  
Monats dieß Jahr, und ſobald ſolche erfolgt iſt, die  
förmliche Auswechſlung der Traktaten geſchehen.

Urkundlich mit beydeſeitigen Unterſchriften und Pet-  
ſchaften verſehen. Gegeben Bern den 20. July 1804.

(L. S.) Frenherr v. Berger. (L. S.) Morell.

(L. S.) Sarasin.

(L. S.) Fehle.

Datum der Ratifikation von Seite Sr. Churfürſt.  
Durchlaucht den 3. September 1804.

Von Seite der Schweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft den  
19. Weinmonat 1804.

---

## IV.

## Freizügigkeits - Vertrag

zwischen Sr. Majestät dem König von Württemberg  
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

(Vom 5. July 1809.)

Nachdem Seine Königliche Majestät von Württemberg und die Schweizerische Eidgenossenschaft es dem Wohl Ihrer beiderseitiger Staaten, so wie den bestehenden freundschaftlichen Verhältnissen angemessen gefunden haben, die bisher in Vermögens - Exportations - Fällen aus einem Staat in den andern, erhobenen Abgaben und Abzüge gegenseitig aufzuheben, und darüber in einem eigenen Staats - Vertrag die nähern Bestimmungen festzusetzen; so wurden zu letzterm Zwecke von Seiten Seiner Majestät des Königs von Württemberg der Hochwohlgeborne Hochgeachtete Herr Johann Baptist Martin Arand, Edler von Akerfeld, des Civil - Verdienst - Ordens Commandeur, Kreishauptmann und bevollmächtigter Gesandter in der Schweiz; und von Seiten der Eidgenössischen Tagsatzung, die Hochgeachteten Herren Conrad von Escher, Bürgermeister und Gesandter des Cantons Zürich; Ferdinand Ludwig von Jenner, Secfelmeister und Gesandter des Cantons Bern; und Johannes Morell, Regierungsrath und Gesandter des Cantons Thurgau, er-

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
5. July  
1809.



eidgenöss. nannt, und mit den erforderlichen Instruktionen und  
 Verkomm- Vollmachten versehen, worauf diese in den gepflogenen  
 nisse. Unterhandlungen, unter Vorbehalt der Allerhöchsten und  
 5. July Höchsten Ratifikationen, folgende verbindliche Ueberein-  
 1809. kunft getroffen haben:

1) Alle Vermögens - Abzüge, welche bisher von dem aus einem Staat in den andern gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen, erhoben worden, sollen, vermöge des gegenwärtigen Vertrags, zwischen den beyden Staaten gänzlich aufgehoben seyn, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft, oder auf andere Weise ausgezogen wird.

2) Nur diejenigen Abgaben, welche in dem einen oder andern Staate bey Kauf, Tausch, bey Erbschaften, Legaten und Schenkungen eingeführt sind, oder künftig eingeführt und von den eigenen Untertbanen selbst, ohne Rücksicht auf Vermögens - Exportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3) Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beyden Staaten.

4) Nach diesem Grundsatz, soll daher kein Unterschied gemacht werden, ob die Abzüge bisher in die Staats - Cassen geflossen, oder andern Grundherrschaften, Individuen und Corporationen zugefallen sind; und es sollen demnach auch alle Privat - Nachsteuer - und Abzugs - Rechte in Bezug auf beyderseitige Staaten aufgehoben seyn.

5) Uebrigens soll bey der Anwendung des gegen-

wärtigen Vertrags, nicht der Tag des Vermögens-Anfalls, oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögens-Exportation in Betracht genommen werden; so daß von dem Augenblick an, wo die Freizügigkeits-Convention in Wirkung tritt, und wozu der 1. Jenner des nächstkünftigen Jahres 1810 als bestimmter Termin angenommen wird, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

Verkomm-  
nisse.  
5. July  
1809.

6) Gegenwärtiger Vertrag ist in duplo ausgefertigt worden, und sollen die beyderseitigen Ratifikationen noch im Laufe dieses Jahrs ausgewechselt werden.

Geschehen, unterzeichnet und gesiegelt in Frenzburg, den 5. July 1809.

<p>(L. S.) A r a n d, Edler von Ackerfeld, Königl. bevollmächtigter Gesandter bey der Eidgenossenschaft, Commandeur des Civil-Verdienst-Ordens und Kreishauptmann.</p>	<p>(L. S.) v. E s c h e r, Bürgermeister und Gesandter des Cantons Zürich. (L. S.) v. J e n n e r, Secckelmeister und Gesandter des Cantons Bern.</p>
--	---

(L. S.) M o r e l l, Regierungs-Präsident und Gesandter des Cantons Thurgau.

Datum der Ratifikation von Seite Sr. K. Majestät den 18. Oktober 1809.

Von Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft den 20. Juny 1810.

## V.

## Frenzügigkeits - Vertrag

zwischen Sr. Churfürstl. Durchlaucht von Baden  
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

(Vom 6. Februar 1804.)

**Eidgenöſſ. Verkomm-  
niſſe.**  
6. Februar  
1804.

Da bey Gelegenheit der Conferenz - Handlungen zwischen den Herren Abgeordneten Sr. Churfürstl. Durchlaucht von Baden, und Sr. Excellenz des Herrn Landammanns der Schweiz, über die Besizungen des ehemaligen Hochstifts und Dom - Capitels von Conſtanz in der Schweiz, Churbadischer Seits der Antrag gemacht worden, daß die mit der ehemaligen Helvetischen Regierung in den Jahren 1801 und 1802 eingeleitete und bis zum Abschluß gediehene, durch die nachgefolgten politischen Umstände aber unterbrochene Unterhandlungen, wegen einer wechselseitigen Abzugsfreiheit wieder aufgenommen und vollends beendigt werden möchten; hierauf auch die Herren Abgeordneten der Schweiz von Sr. Excellenz dem Herrn Landammann den Auftrag dazu erhalten haben; so sind beyderseitige Bevollmächtigte, nämlich von Seite des Herrn Churfürsten von Baden, die Hochwohlgebornen Herren Franz Baur von Heppenstein, Churfürstlicher Hofraths - Präsident, und Carl Maximilian Maler, geheimer Hofrath und Referendar; von Seite Sr. Excel-

lenz des Herrn Landammanns der Schweiz aber die Hoch-<sup>Eidgenöf.</sup>  
wohlgebornen Herren David Stockar von Neuforn, des <sup>Verkomm-</sup>  
Kleinen Raths zu Schaffhausen, und Carl von Neding, <sup>niffe.</sup>  
Regierungs-Rath zu Aarau, darüber zusammen getre- <sup>6. Februar</sup>  
ten, und haben sich nach verschiedenen Unterredungen <sup>1804.</sup>  
und durchgesehenen vorigen Verhandlungen, über fol-  
gende Punkte mit einander vereinigt:

1) Vom Tag der Bestätigung dieser Convention an, solle zwischen den sämmtlichen jetzigen und künftigen Landen Sr. Churfürstl. Durchlaucht von Baden, und den gesammten jetzigen und künftigen Landestheilen der Hochlöblichen Eidgenossenschaft, ein vollkommen freyer Zug dergestalt bestehen, daß alle Angehörigen des einen und des andern Staats bey ihrem Hinüberziehen, oder wenn ihnen eine Erbschaft oder sonst ein Vermögen auf der andern Seite zufällt, von allen und jeden dießfälligen Abgaben, es mögen dieselben den Namen Abzugs-Manumissions-Emigrations-Gebühren, oder welchen andern Namen immer haben; sie mögen bisher von dem Staat selbst oder dessen Dienern bezogen worden seyn, auf ewige Zeiten befreyt seyn, und solle hierin die vollkommenste Gleichheit von beyden Staaten beobachtet werden.

2) Gene Abgaben, welche nicht von der Exportation herrühren, sondern die in dem gleichen Fall auch von den im Lande wohnenden und darin bleibenden Einwohnern bezogen werden, sind hierunter nicht begriffen; und es werden daher:

3) Diejenigen Handänderungs-Gebühren, welche in mehreren Cantonen von Verkauf, Abtretung oder

**Eidgenöſſ. Schenkung unbeweglichen Eigenthums nach bestehenden Verhältniſſen.** Geſetzen bezogen werden, eben ſo vorbehalten, als:

6. Februar  
1804.

4) Die, wegen der Kriegskosten in der Badischen Markgraffschaft, auf jedes außer Land gehende Hundert gelegte Abgabe von zwey Procent, fernerhin, bis zur Tilgung dieser Kosten zu entrichten ſind; woben aber den Hochlöblichen Cantonen frengelassen iſt, ſo lange dieſe Abgabe Churbadiſcher Seits erhoben wird, dieſelbe auch von dem aus ihrem Gebiet in die Badische Markgraffschaft gezogen werdenden Vermögen auf gleiche Weiſe zu beziehen.

5) Kann ſich dieſe wechſelſeitige Abzugsfreiheit auf die in dem anliegenden (hier nachſtehenden) Verzeichniß bemerkte, unter Churbadiſcher Landes-Hoheit befindliche Orte und Landsaßen, welche für ſich zum Abzug ganz oder zum Theil berechtiget ſind, ſo lange ſie ſich nicht freiwillig dieſem Vertrag anſchließen, als weßfalls man ſich Churbadiſcher Seits noch ferner alle Mühe geben wird, nicht erſtrecken; dagegen bleibt aber auch den Hochlöblichen Cantonen unbenommen, den gleichen Abzug von dem Vermögen, das aus ihrem Gebiet in ſolche Orte verbracht wird, fernerhin und bis auf den unterſtellten Fall zu erheben.

6) Wird die Ratifikation Sr. Durchlaucht des Herrn Churfürſten von Baden, ſo wie auch die Ratifikation Sr. Excellenz des Herrn Landammanns der Schweiz und der Gemeineidgenöſſiſchen Tagsatzung vorbehalten; und ſollen dieſe Genehmigungen, ſobald ſie erfolgt ſind, gegen einander ausgewechselt werden.



Urkundlich nachstehender beyderseitiger Unterschrift, Eidgenöss.  
ten und ben gedruckter Siegel. So geschehen, Schaff. Verkomm-  
hausen den 6. Februar 1804. nisse.

6. Februar  
1804.

(L. S.) Franz Baur von (L. S.) David Stockar von  
Heppenstein, Hof- Neuform.  
raths-Präsident.

(L. S.) Carl Maximilian (L. S.) Carl von Reding.  
Maler, Geheimer  
Hofrath und Re-  
ferendar.

### V e r z e i c h n i s s

der Orte und Vogten = Herren in den Chur-  
badischen Landen, die zur Abzugs = Erhebung  
ganz oder zum Theil berechtigt, und in dieser  
Masse bey der Abzugs = Convention mit der  
Schweiz auszunehmen sind.

I. In der Badischen Markgrafschaft nach ihrem jetzi-  
gen ganzen Umfang, nur die Stadt Durlach und die  
Gerichts-Bezirke der Freyherren von Gemmingen und  
Leutrum.

II. In der Badischen Pfalzgrafschaft, also mit In-  
begriff des vormaligen Hochstifts Spener und Ritterstifts  
Odenheim oder des Fürstenthums Bruchsal:

Die Stadt Heidelberg, welche den Abzug ad 10 pr. Ct.  
von wegziehenden Bürgern und Untertanen zur



Widgenöf.  
Verkomm-  
nisse.  
6. Februar  
1804.

Hälfte , die andere Hälfte aber die Herrschaft zu beziehen hat: welch letzterer auch der ganze Abzug bey herrschaftlichen Dienern und Gefrenten zu- steht \*).

Folgende weitere Orte , wo der Abzug zwischen dem Vogtsherrn und dem Churfürstlichen Fiskus theilbar ist:

Mauer — Vogtsherr von Zyllenhard.

Schlatthausen — von Bettendorf.

Spechbach	}	— von Benningen.
Eschelbronn		
Zuzenhausen		

Münchzell — von Hegföll.

Danpach — von Göler.

Mosbrunn — Graf von Degenfeld.

Michelbach — von der Lanen und von Schmitz , sen.

Reichertshausen — von Stockmar.

Epfenbach — von Zandt und von Wambold.

Helmstadt	}	— von Berlichingen.
Flinsbach		

Dautenzell — von Gemmingen.

In folgenden Orten bezieht der Vogtsherr den Abzug wenigstens nach dem Possessorio allein mit 10 pr. Ct. :  
Beuerthal , Vogtsherrschaft — der deutsche Orden und

---

\*) In Folge der Eröffnungen Sr. Exc. des Landammanns der Schweiz , vom 17. July 1810 , ist diese Stadt dem Freyzügigkeits-Vertrag beigetreten , und vom Weinmonat 1809 an als freyzügig zu behandeln.

die Freyherrn von Uexküll, von Leoprechting und Eidgenöſſ.  
von Bettendorf. Verkomm-

Ilvesheim, Bogtscherr und Basall von Hundheim, Leu- 6. Februar  
tershausen und Arsenbach — Graf von Wiser. 1804.

### III. Im obern Fürstenthum:

Die Stadt Meersburg, die zum ganzen Abzug ad  
10 pr. Ct. von den Stadtangehörigen berechtigt ist.

Die Stadt Markdorf, eben so.

Die Reichenauer Amtsgemeinden, in der Insel, zu  
Wollmatingen, Allenspach, Markelsingen, Hegne und  
Kaltbronn, haben den Drittel am Abzug zu beziehen,  
oder  $3\frac{1}{3}$  pr. Ct.

Die Röthler Amtsgemeinden: Hohenthengen, Lien-  
heim und Herdern, die den Abzug zur Hälfte mit 5 pr. Ct.  
anzusprechen haben.

Die Richtigkeit dieses Verzeichnisses bezeugen: die  
Churbadischen Commissarien:

(L. S.) Franz Baur von Heppenstein,  
Hofraths - Präsident.

(L. S.) Carl Maximilian Maler,  
Geheimer Hofrath und Referendar.

Datum der Ratifikation von Seite Sr. Churfürstl.  
Durchlaucht den 18. August 1804.

Von Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft den  
9. Juny 1804.

## VI.

## Gegenseitiges Concurs-Recht

zwischen dem Großherzogthum Baden und der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft, mit Aus-  
nahme der L. Stände Schwyz und Glarus.

## A.

Erklärung Sr. Königl. Hoheit des Großher-  
zogs von Baden gegen die Schweizerische  
Eidgenossenschaft.

(Vom 7. July 1808)

Eidgenöſſ. Wir Carl Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog  
Verkomm- zu Baden, Herzog zu Zähringen ic. ic. Ober- und Erb-  
nisse. herr zu Fürstenberg, Baar und Stühlingen sammt Hei-  
7. July ligenberg, Hausen, Möskirch, Hohenböwen, Wilden-  
1808. stein und Waldsberg, zu Leiningen, Mosbach sammt  
Miltenberg, Amorbach, Düren, Bischofsheim, Hart-  
heim und Lauda, zu Klettgau, zu Ehengen, zu Kraut-  
heim, zu Wertheim, zu Meidenau und Billigheim, auch  
zu Hagnau u. s. w.

Zur Beförderung der freundnachbarlichen Verhält-  
nisse und des Handelsverkehrs zwischen Unsern Großher-  
zoglichen

zoglichen Staaten und der Schweizerischen Eidgenossen, Eidgenöss. Verkommnisse. 7. July 1808.  
 schaft, sind Wir wegen Errichtung eines Vertrags über die Gleichhaltung der gegenseitigen Landesbewohner und Unterthanen in vorkommenden Confursfällen über nachfolgende Bestimmungen übereingekommen:

1) In allen Fallimentsfällen werden, sowohl in verpfändeten als laufenden Schulden, von der privilegierten und der allgemeinen Classe, die Einwohner des Großherzogthums Baden, und derjenigen Cantone der Eidgenossenschaft, so dem gegenwärtigen Verkommniß beitreten, nach gleichen Rechten, d. h. also behandelt und collocirt, daß je die Angehörigen des einen Staats den Einheimischen im andern Staate gleich, und je nach Beschaffenheit ihrer Schuldforderungen so gehalten werden sollen, wie es die Geseze des Landes für die Einheimischen selbst vorschreiben.

2) Zwischen den Angehörigen derjenigen Staaten, für welche die gegenwärtige Uebereinkunft verbindlich ist, dürfen nach Ausbruch eines Falliments, keine Arreste auf bewegliches Eigenthum des Falliten anders, als zu Gunsten der ganzen Schuldenmasse gelegt werden.

3) Die gegenwärtige Convention hat auf der einen Seite für den ganzen Umfang der Großherzoglich-Badischen Lande, und auf der andern für die Eidgenössischen Cantone Luzern, Uri, Unterwalden, Zürich, Zug, Bern, Freyburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt, verbindliche Kraft, und zwar von demjenigen Tag an, wo die Ratifikationen beyder Theile gegenseitig ausgewechselt seyn werden.

Eidgenöſſ.  
Verkomm-  
niſſe.  
7. July  
1808.

4) Gegen diejenigen Cantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Schwyz und Glarus), welche dem gegenwärtigen Verkommniſſ noch nicht beigetreten sind, wird die Anwendung der obbestimmten Artikel von demjenigen Zeitpunkt an, statt finden, wo sie ihren Beitritt, zu welchem sie von den consentirenden Cantonen noch werden eingeladen werden, gegen die Großherzoglich-Badische Regierung werden erklärt haben.

Zu dessen Urkund haben Wir hierüber gegenwärtiges mit Unserem größern Staats-Siegel versehene Instrument ausfertigen lassen, und solches eigenhändig unterschrieben. Carlsruhe den 7. July 1808.

(L. S.)

Carl Friederich.

St. Frhr. von Edelsheim.

Auf Gr. Königl. Hoheit Special-Befehl:  
Gerstlacher.

## B.

Eidgenössische Gegenerklärung gegen Seine  
Königliche Hoheit den Großherzog von  
Baden.

(Vom 9. July 1808.)

9. July  
1808.

Wir der Landammann der Schweiz und die versammelte Schweizerische Tagsatzung, urkunden hiemit:

Nachdem Uns von Gr. Königl. Hoheit dem Herrn Großherzog von Baden unterm 13. März des laufenden

Tages, der freundnachbarliche Antrag zur Errichtung eines gegenseitigen Confurs-Verkommnisses in Falliments-  
Sachen gemacht worden, sind Wir, in der Ueberzeugung, daß ein solches Verkommniß nicht nur den zwischen dem Großherzogthum Baden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Verhältnissen vollkommen angemessen, sondern selbst für den nachbarlichen und Handelsverkehr beyder Staaten vortheilhaft sey, mit Sr. Königl. Hoheit dem Herrn Großherzog von Baden, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
9. July  
1808.

(Hier folgen die §§. 1, 2, 3, 4. wörtlich also, wie sie in der unmittelbar vorhergehenden Großherzoglich-Badischen Erklärung S. 397 und 398. enthalten sind).

Zu dessen wahrer und steter Urkund ist hierüber das gegenwärtige Instrument ausgefertigt, mit der Unterschrift des Herrn Landammanns und des Kanzlers der Eidgenossenschaft versehen, wie auch mit dem Eidgenössischen Siegel bekräftigt, und mit Sr. Königl. Hoheit dem Herrn Großherzogen von Baden, gegen ein gleichlautendes Doppel ausgewechselt worden.

So geschehen in Luzern, den 9. July 1808.

(L. S.) Der Landammann der Schweiz,  
Vincenz Rüttimann.  
Der Kanzler der Eidgenossenschaft,  
Mousson.



## VII.

## V e r t r a g

zwischen Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden, und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher.

(Vom 30. August 1808.)

Eidgenöſſ. Nachdem sowohl Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden, als auch den Cantonen der Hochlöblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft daran gelegen ist, daß die Gott gefällige Justiz gehandhabt, und Verbrechen, deren Urheber sich aus den Großherzoglichen Landen in die Schweiz, oder aus der Schweiz in die Großherzoglichen Lande flüchten, nicht ungestraft bleiben, so sind beyderseits Bevollmächtigte, nämlich von Seiten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden der Herr Geheime Rath von Ittner, außerordentlicher bevollmächtigter Gesandter in der Schweiz, und von Seiten Sr. Exc. des Herrn Landammanns der Schweiz der Herr Regierungs-Rath Carl Feyer, dormaliger Präsident des Kleinen Rathes des Cantons Aargau, ernannt wor-

Verkomm-  
nisse.  
30. August  
1808.

den, um hierüber feste Grundsätze für die Zukunft aufzustellen; und es haben nunmehr die eben genannten Bevollmächtigte, bei ihrer dießfalligen Zusammenkunft und Besprechung Nachkommendes, jedoch ohne rückwirkende Kraft, unter vorbehaltener Ratifikation ihrer hohen Committenten verabredet und festgesetzt, wie folgt:

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
30. August  
1808.

1) Wenn ein oder mehrere Großherzoglich Badische Unterthanen, oder Personen aus dritten Staaten, welche nicht zum Eidgenössischen Bund gehören, sich in den Staaten des Großherzogthums, eines im zweiten Artikel genannten Verbrechens schuldig gemacht oder einen begründeten Verdacht desselben auf sich gezogen hätten, daher von ihrer Obrigkeit durch Verhaftsbefehle, in welchen das Verbrechen oder Inzichten desselben benamset sind, verfolgt, und im Gebiete der Eidgenossenschaft betreten würden, so solle nach aufgenommenem Präcognitions-Verhör, die Auslieferung derselben bewilliget werden.

Gegenseitig und unter den gleichen Bedingnissen sollen verabsolgt werden: jene Schweizerischen Angehörigen oder Personen aus dritten Staaten, welche von Schweizerischen Obrigkeiten verfolgt in den Großherzoglichen Staaten betreten würden.

2) Die Verbrechen, um welche die verabredete Auslieferung statt finden soll, sind: Hochverrath, Aufruhr, Vergiftung, Mordbrand, Brandstiftung, Straßenraub, Mord, Todtschlag, Verfälschung öffentlicher Schriften und Wechsel, Falschmünzen, Veruntreuung öffentlicher Gelder und des Staats-Vermögens, Nothzucht, Raub an Sachen oder Menschen, Diebstahl bei Tag oder Nacht

Widgenöf. mit Einbruch oder Einsteigen, an Kirchen, und in ge-  
 Verkomm- friedeten Orten, oder ab den Bleichen.  
 nisse.

30. August  
 1808.

3) Es solle den Personen, welche von dem einen oder andern Staate mit Vollmacht abgeschickt sind, um die Verbrecher abzuholen, sowohl zur Verwahrung als zum Transport hülfreiche Hand geleistet werden. Die Abzugskosten der Gefangenen werden täglich zu sieben Bazen, und der begleitenden Personen zu zwanzig Bazen festgesetzt, und von demjenigen Staat getragen, der die Auslieferung verlangt.

4) Gegenstände und Sachen, die in einem Staate gestohlen, in den andern geschleppt, und dort, bey wem es sey, in Natur wieder gefunden sind, sollen getreulich angezeigt, und, unbeschwert von Prozeß- oder Ersatzkosten, dem Eigenthümer zurückgestellt werden. Dem durch diese Rückgabe Beschädigten bleibt, nach den Civilgesetzen, der Regreß auf seinen Verkäufer offen, und dieser soll von beydseitigen Obrigkeiten unterstützt werden. Die Kosten der Ablieferung und des Transports der Effekten, werden von dem Theil getragen, an welchen die Auslieferung geschieht. Sollten aber die gestohlenen Waaren oder Effekten nicht mehr vorgefunden werden, so bleibt dem Beschädigten die Ersatzklage gegen den Beschädigenden offen, und diese werden auch die beydseitigen Obrigkeiten beschützen.

5) Wäre es nothwendig, daß zu Erhebung eines Verbrechens oder seiner Umstände, Großherzogliche oder Schweizerische Angehörige zu Ablegung eines Zeugnisses einvernommen werden müssen, so werden dieselben auf vorläufige Ersuchungs-Schreiben, die Zeugnisse vor ihrem natürlichen Richter, der Regel nach, ablegen.

Die persönliche Stellung der Zeugen, kann auch in Eidgenöss. Verhältnissen. 30. August 1808. außerordentlichen Fällen, wenn nämlich solche zu Anerkennung der Identität eines Verbrechers oder der Sachen, nothwendig ist, von der Regierungs-Behörde begehrt, und in sofern dadurch eine bloße freiwillige Aussage des Zeugen beabsichtigt wird, kann diese mündliche Abhörung nicht verweigert werden. Sollten hingegen diese Verhöre weiter als auf eine freiwillige Aussage, oder gar auf die Verflechtung des Zeugen mit dem Verbrecher zielen, so muß diese Absicht in dem Ersuchungs-Schreiben ausgedrückt werden. Von dem natürlichen Richter des aufgerufenen Zeugen, hängt es dann ab, ob die persönliche Stellung zu bewilligen, oder von ihm selbst gegen den Zeugen das Angemessene zu verfügen sene.

6) In diesem Fall machen sich beyde Staaten wechselseitig anheischig, den Zeugen die nöthigen Pässe zu ertheilen; und dem requirirenden liegt ob, dem Zeugen, nothwendigen Vorschuß und volle Entschädigung, nach Maßgabe der Entfernung, der Dauer des Aufenthalts, des Standes, Gewerbes und übriger Verhältnisse desselben zu ertheilen und zukommen zu lassen.

7) Sollte es sich in der gerichtlichen Untersuchung offenbaren, daß der Zeuge als Mitschuldiger des Verbrechers entdeckt würde, so solle derselbe auf Kosten der Behörde, die ihn einberufen, seinem natürlichen Richter, bis auf die Gränze des nächsten Großherzoglichen oder respektive Schweizerischen Cantons-Gebiets heimgeschickt und zur Bestrafung abgeliefert werden.

8) Würde je von einem der contrahirenden Staaten gegen den andern, ein Verbrecher verfolgt, dessen Ver-

**Eidgenöſſ. Verkomm-  
niſſe.**  
30. Auguſt  
1808.

brechen, die in dem zweiten Artikel dieſes Vertrags be-  
nannten nicht erreichen, ſolglich keine Auslieferung ver-  
bindlich nach ſich ziehen würde, ſo verpflichtet ſich der  
Staat, in deſſen Gebiet der Verbrecher betreten wird,  
entweder denſelben aus ſeinem Gebiet wegzuweifen, oder  
er übernimmt die Beſtrafung deſſelben nach ſeinen eige-  
nen Geſetzen, in ſofern nämlich ihm die nöthigen Be-  
weiſe der Klage an die Hand gegeben, und vollſtändige  
Entſchädniß der Prozeßkoſten geleistet werden.

9) Sollten in einigen Gränz-Cantonen der Schweiz  
ſolche für ihre Lokalität nothwendig erachtete Uebungen  
gegen die Großherzoglichen Lande ſtatt gefunden haben,  
oder noch beſtehen, wodurch dem 5. und 8. Artikel des  
gegenwärtigen Vertrags eine mehrere Ausdehnung gegeben,  
und ſowohl die Zeugenſtellung als das Forum delicti in  
Polizen-Fällen zur gegenseitigen unbedingten Regel an-  
genommen geweſen wäre; ſo mögen ſolche ferner Platz  
finden; jedoch ſo, daß dieſe Norm weder den übrigen  
Artikeln des jetzigen Vertrags, noch den darin ſtipulir-  
ten Rechten der in dieſen Gränz-Cantonen befindlichen  
Bürger anderer Cantone, nachtheilig und präjudicirlich  
ſeyn, ſondern dieſe letzteren gänzlich nach dem Inhalt  
des gegenwärtigen Traktats behandelt werden ſollen.

10) Die Ratifikation Sr. Königl. Hoheit des Groß-  
herzogs von Baden, ſo wie auch die Ratifikation Seiner  
Exc. des Herrn Landammanns der Schweiz, im Namen  
ſämmtlicher Eidgenöſſiſchen Cantone, wird vorbehalten,  
und es ſollen dieſe Genehmigungen, ſobald ſie erfolgt  
ſind, wo möglich bis Januar 1809 gegen einander aus-  
gewechſelt werden.



Urkundlich nachstehender Unterschriften und henge- Eidgenöss.  
druckten Siegeln. Verkomm-

So geschehen zu Aarau am 30. August 1808.

30. August  
1808.

(L. S.)

A. J. v. Ittner,

Großherzoglich - Badischer Geheimer Rath  
und außerordentlicher Gesandter in der  
Schweiz.

(L. S.)

Carl Feyer,

als von Er. Excellenz dem Herrn Land-  
ammann der Schweiz bevollmächtigter  
Eidgenössischer Commissair.

Datum der Ratifikation von Seite Er. K. Hoheit  
dem Großherzog den 4. November 1808.

Von Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft den  
6. November 1809.



## VIII.

## V e r t r a g

zwischen Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden und den, im 7ten Artikel benannten eilf Ständen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend die Förmlichkeiten der wechselseitigen Heirathen aus dem einen Land in das andere.

(Vom 23. August 1808.)

**Eidgenöſſ. Verkomm-  
nisse.**  
23. August  
1808.

Da sich seit einiger Zeit mehrere Fälle ereignet haben, daß Großherzoglich-Badische Unterthanen, welche sich in der Schweiz aufgehalten und daselbst mit Schweizerisch-eingebornen Personen ehelich verbunden haben, ohne daß jene in ihrem Geburts-Ort die Bürger- oder Hinterlassen-Annahme der letztern ausgewirkt, noch daß solche einen sogenannten Heimath-Schein erhalten haben, und hierdurch vielfältig Inkonvenienzen entstanden sind; und da Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Baden gegen Se. Excellenz den Herrn Landammann der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Wunsch geäußert, solchen durch Aufstellung von fachgemäßen Grundsätzen für immer zu begegnen, und hierzu von letzterem eine bereitwillige Erklärung eingekommen, so sind beyderseits

Bevollmächtigte, nämlich von Seiten Sr. Königl. Hoheit Eidgenöss. des Großherzogs von Baden, der Herr Geheime Rath von Ittner, außerordentlicher bevollmächtigter Gesandte in der Schweiz, und von Seite Sr. Excellenz des Herrn Landammanns der Schweiz, der Hochgeachte Herr Regierungs-Rath Feyer, dormaliger Präsident des Kleinen Rathes des Cantons Aargau, ernannt worden, um hierüber feste Grundsätze für die Zukunft aufzustellen, und es haben nunmehr die obgenannte Bevollmächtigte bey ihrer dießfälligen Zusammenkunft und Besprechung, nachfolgendes, jedoch ohne rückwirkende Kraft, unter vorbehaltener Ratifikation ihrer hohen Committenten, verabredet und festgesetzt, wie folgt:

Verkomm-  
nisse.  
23. August  
1808.

1) Von Seite der Regierungen der Eidgenössischen Cantone, welche unterm §. 7. genannt sind, wird der Grundsatz anerkannt: daß jeder aus den Großherzoglich-Badischen Staaten gebürtigen Person, das Heirathen in dem Umfang der Eidgenössischen Lande, nicht eher erlaubt werden soll, als gegen vorherige Benbringung eines Erlaubniß-Scheins der Obrigkeit, wo der Heirathende sein Heimathrecht hat, durch welchen bezeugt wird, daß derselbe auch nach der Heirath mit seiner Familie jeder Zeit wieder in seine Heimath zurückkehren könne.

2) Eben so soll die im Großherzoglich-Badischen am 23. September 1806 ergangene General-Berordnung: daß den Schweizer-Bürgern das Badische Staats-Bürgerrecht zum Behuf des Heirathens im Badischen, ohne besondere Erlaubniß Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs nicht ertheilt werden soll, forthin bestehen, und

Eidgenöſſ. es ſoll kein Schweizer - Bürger , ohne vorgelegten Er-  
 Verkomm- laubniß - Schein ſeiner Orts - und Landes - Obrigkeit ,  
 niſſe. durch welchen erklärt wird , daß der Heirathende mit ſei-  
 23. Auguſt ner Familie jederzeit in ſeine Heimath zurückkommen  
 1808. könne , in dem Umfang der Großherzoglich - Badischen  
 Lande heirathen dürfen.

3) Ein ſolcher Erlaubniß - Schein muß von der  
 Obrigkeit des Heimathsorts deſſenigen , der ihn nöthig  
 hat , ausgestellt , Schweizeriſcher Seits durch die Unter-  
 ſchrift und Siegel der betreffenden Standes - Kanzley ,  
 Badischer Seits aber durch die betreffende Provinz - Re-  
 gierung gehörig legalisirt ſeyn.

4) Derſelbe muß die rechtsgültige Beſcheinigung  
 enthalten :

a. Daß der betreffende Angehörige , ſeiner Abweſenheit  
 ungeachtet , und bey noch längerer Fortdauer der-  
 ſelben , als Bürger des Orts angeſehen werde , und  
 im Genuß des fortwährenden Bürgerrechts verblei-  
 ben ſoll.

b. Daß ſeine Verlobte und die mit ſolcher erzeugende  
 Kinder , jederzeit in ſeinem Heimathsort als Ange-  
 hörige und Bürger anerkannt und aufgenommen wer-  
 den ; und

c. Daß er in ſeinem Heimathsort mit ſeiner Verlobten  
 nach der Landesgewohnheit verkündigt worden ſey.

5) Kein Pfarrer iſt befugt , vielmehr iſt jedem der-  
 ſelben ausdrücklich und bey eigener Verantwortung aller  
 Folgen die daraus entſtehen können , verboten , die Ehe

eines Schweizerischen oder Badischen Angehörigen ein-  
 zusegnen , oder auch nur die Verkündung derselben vor  
 sich gehen zu lassen , wenn nicht ein solcher Erlaubniß-  
 Schein in gültiger Rechtsform , und der nicht älter als  
 zwei Monate seyn darf , vorher beigebracht ist. Es muß  
 daher jeder Pfarrer , der eine solche Verkündung der Ehe  
 und nachherige Einsegnung derselben vornehmen will ,  
 vorher die Verkündigungs - Scheine von der Heimath der  
 Verlobten und die legale Erlaubniß zur Verkündung und  
 nachherigen Einsegnung der Ehe , von seiner eigenen  
 Obrigkeit erhalten haben.

Eidgenöss.  
 Verkomm-  
 nisse.  
 23. August  
 1808.

6) Wenn es aber , dieser Vorschrift ungeachtet , ge-  
 schehen sollte , daß entweder in dem Umfang der Groß-  
 herzoglich - Badischen , oder in den Schweizerisch - Eidge-  
 nössischen Landen , die Ehe eines Schweizer - Bürgers  
 oder eines Badischen Unterthans eingeseget und vollzo-  
 gen würde , ohne daß die vorgedachten Erfordernisse ge-  
 hörig beigebracht wären , so hat derjenige Staat allein,  
 in welchem diese Einsegnung vor sich gegangen , alle wei-  
 tere Folgen zu übernehmen , und derselbe ist sodann  
 schuldig , solche Eheleute mit ihren erzeugenden Kindern  
 auf seinem Gebiet zu dulden , und im Nothfall für die  
 Unterstützung derselben zu sorgen , ohne die Befugniß zu  
 haben , solche in den andern Staat zurück oder überhaupt  
 von sich weg zu weisen , sondern er mag und muß sich  
 mit dem etwanigen Regreß an die Schuldigen begnügen.

7) Die gegenwärtige Convention hat auf der einen  
 Seite für den ganzen Umfang der Großherzoglich - Badi-  
 schen Lande , und auf der andern für die Eidgenössischen  
 Cantone : Luzern , Unterwalden , Zürich , Glarus , Bern ,

Eidgenöſſ. Solothurn, Baſel, Schaffhauſen, Appenzell, Aargau  
 Verkomm- und Thurgau, verbindliche Kraft, und zwar von dem-  
 niſſe. nigen Tag an, wo die Ratifikationen beider Theile ge-  
 23. Auguſt gegenſeitig ausgewechſelt ſeyn werden. Den übrigen Can-  
 1808. tonen der Eidgenoſſenſchaft, wird der etwa nachherige  
 Beitritt vorbehalten.

8) Die Ratifikation Sr. Königl. Hoheit des Groß-  
 herzogs von Baden, ſo wie auch die Ratifikation Sr.  
 Excellenz des Herrn Landammanns der Schweiz im Namen  
 der betreffenden Eidgenöſſiſchen Cantone, wird vorbehal-  
 ten; und es ſollen dieſe Genehmigungen, ſobald ſie er-  
 folgt ſind, wo möglich bis Januar 1809, gegen einan-  
 der ausgewechſelt werden.

Urkundlich nachſtehender Unterſchriften und benge-  
 druckten Siegeln. So geſchehen zu Aarau am 23ſten  
 Auguſt 1808.

(L. S.)

A. J. v. Ittner,  
 Großherzoglich-Badiſcher geheimer Rath und  
 außerordentlicher Geſandte in der Schweiz.

(L. S.)

E. Feyer,  
 als von Sr. Excellenz dem Herrn Landam-  
 mann der Schweiz bevollmächtigter Eidge-  
 nöſſiſcher Commiſſair.

Datum der Ratifikation von Seite Sr. Königlichen  
 Hoheit den 7. November 1808.

Von Seite der Schweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft den  
 6. November 1809.



## IX.

## Zoll- und Handels-Vertrag

zwischen dem Großherzogthum Baden und der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft.

(Vom 26. Juny 1812.)

Der zwischen den Großherzoglich-Badischen Bevollmächtigten, den Herren Albrecht Joseph von Ittner, Sr. Königl. Hoheit außerordentlicher Gesandter bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft und geheimer Rath, und Ernst Philipp von Sensburg, Sr. K. Hoheit wirklicher Staats-Rath und Direktor des Steuer-Departements, auf der einen, und den Eidgenössischen Commissarien, den Herren David Stockar von Neuform, des Kleinen Rathes und Secfelmeister des Cantons Schaffhausen, und Johann Conrad Finsler, des Kleinen Rathes des Cantons Zürich und Eidgenössischer Oberst-Quartiermeister, auf der andern Seite, am 26. Juny 1812 in Basel abgeschlossene und unterzeichnete, von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden am 13. July 1812, und von der in Basel versammelten Eidgenössischen Tagsatzung am 18. desselben Monats und Jahres ratifizierte, für beyde Staaten auf die nächsten zehn Jahre, von dem Tage der wechselseitigen Ratifikation an gerechnet (also bis

Eidgenöss.  
Verkomm-  
nisse.  
26. Juny  
1812.



eidgenöss. zum Heumonat 1822) verbindliche Zoll- und Handels-  
Verkomm- Vertrag, in 18 Artikeln bestehend, ist in Basel im Jahr  
nisse. 1812 auf 12 Folio-Seiten in offizieller Ausgabe ge-  
26. Juny drückt erschienen, und daher der gegenwärtigen Samm-  
1812. lung nicht einverleibt worden.

---

### B e r i c h t i g u n g.

Auf Seite 211, letzte Zeile, hat sich ein Fehler eingeschli-  
chen, den man zu verbessern bittet. Es heißt nämlich: „so wie  
„einer Erklärung der Versprochenen,“ anstatt daß es heißen  
sollte: „so wie einer Erklärung der Regierung der Versproche-  
„nen.“

---